

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes

für Wertmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Mauer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Kachel-, u. Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Papper- und Stuchbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Floßerei, Fliesenleger, Ofenseher, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1,- RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluss des Monats Montags früh.

Herausgeber: Deutscher Bauergewerksbund
Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6. Fernspr.: 2 7 50nboff 7650, 7651, 6240. Postfach. Berlin 65232.

Bankkonto: Kant der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin G 14, Deutscher Bauergewerksbund, Zentrale. Geschäftsanzeigen nach Tarif durch „Werba“, Berlin SW 11.

Eine im Rundfunk gehaltene Reichstagsrede.

Der am 31. Juli gewählte Reichstag ist aufgelöst. Seine erste und letzte Handlung am 12. September war eine Abstimmung über die Aufhebung der Papenschen Roforverordnung und die Mißtrauensanträge gegen das Kabinett Papen-Schleicher. Beide Beschlüsse gingen mit einer bisher in der Parlamentsgeschichte nie gekannten Mehrheit durch. Nur armfellige 42 Stimmen erklärten sich mit dem Kabinett Papen solidarisch. Während der Abstimmung lag jedoch bereits das in fliegender Hast fabrizierte Auflösungsdekret auf dem Präsidentschisch...

Wie war es doch gleich? Nach dem Sturz des Kabinetts Brüning löste der von Hindenburg eingeseßte Reichskanzler Papen, nachdem er für sein Kabinett von Hitler die Zolierung durch das Reichsbudget erwirkt hatte, den alten Reichstag auf. Dem Sinne nach sagte er damals, der Reichstag repräsentiere nicht mehr die wahre Volksmeinung, deshalb sei eine Neuwahl nötig. Nach der Wahl, als nicht alle Wählerkreise Hitlers geistig waren, kam es dann wegen der Verteilung der Parteibuchbeamtenliste im Kabinett zum Krach zwischen den Hitlerianern und dem Papen-Kabinett, der schließlich in bittige Feindschaft ausartete. Die durch die Hitler-Bewegung in den Sattel gehobene Papen-Regierung wollte die Götter vom Sakenkreuz nicht als Ebenbürtige neben sich dulden. Immerhin: Der neue Reichstag hatte das Verlangen Papens erfüllt, er repräsentierte nunmehr die derzeitige unverfälschte Volksmeinung. Aber auch diese Volksmeinung entsprach nicht der Anschauung des Papen-Kabinetts. Der frühere Grund für die Reichstagsauflösung galt nicht mehr. Und so schickte denn Papen auch diesen Reichstag in die Wüste...

Seine verhinderte Reichstagsrede hielt dann Papen im Rundfunk. Dieses Verfahren ist ebenso praktisch wie bequem. Kein hörbarer Widerspruch und keine Gegenrede könt in die Ohren des Redners. So gleicht eine solche Rundfunkrede einer unwiderrprochen hingunehmenden kirchlichen Offenbarung für Gläubige. Fraglich ist nur,

ob Papen bei seiner Rede viel Gläubige gefunden hat. Der Reichskanzler sprach wohl etwas erregt, aber immerhin unterhalten; jedenfalls bot diese Rede Stoff für allerlei Betrachtungen. Der Reichskanzler gab seiner Entrüstung darüber Ausdruck, daß der Reichstag wohl die aus Rußland zugewanderte Volk-

schweflin Klara Zetkin, aber nicht in n angehört habe. Die Reichsregierung bilde ein uneilbares Ganzes, sie habe den Weg einer „neuen unabhängigen Staatsführung“ beschritten. Der Reichskanzler wurde pathetisch: Die Tätigkeit der Regierung bestche in dem Abschluß einer alten und der Eröffnung einer neuen Epoche. Dann besprach Papen bekannte Dinge über die Reparationsfrage, die Frage der allgemeinen Abrüstung, er sprach über die Frage der Gleichberechtigung des deutschen Volkes im Gremium der Völker. Dann kam er auf das Wirtschaftsprogramm zu sprechen. Er erzählte von einem „richtigen Ausgleich“ zwischen den Interessen der Gesamtwirtschaft. Vor allem müßten auch die Verlustquellen bei der Landwirtschaft beseitigt werden. Die Kaufkraft der Konsumenten für landwirtschaftliche Produkte müsse gehoben werden. Das große Ziel sei: Der Sieg über die Arbeitslosigkeit. Und Papen sprach von einem Bekenntnis der Reichsregierung zu der christlich-sittlichen Pflicht des Staates gegenüber den Schutzbedürftigen, insbesondere den Kranken, verletzten und invaliden Arbeitern. Mit Empphase rief er aus, die Reichsregierung lasse sich von niemandem im deutschen Volke an sozialer Bestimmung übertreffen.

Leipart an die deutschen Gewerkschaftsmitglieder.

Gewerkschaftskollegen!

Der Bundesausschuß, die Vertretung der Hauptvorstände, hat am 9. und 10. September in Berlin getagt. Die Ergebnisse der Beratungen sind Euch aus der Gewerkschaftspresse bekannt. Über diese Berichterstattung hinaus muß ich Euch sagen, was uns alle an diesem Wendepunkt der deutschen Geschichte bewegt.

Die Zeit der stärksten Reaktion ist da. Sie zwingt uns, neue Wege der Gewerkschaftspolitik einzuschlagen. Wir wollten auf dem Wege der Demokratie, der Vernunft und der allgemeinen Wohlfahrt — ohne Bürgerkrieg und die daraus folgende Not — den Aufstieg der Arbeiter herbeiführen. Wir wollten durch eine Politik der Mäßigung und der Verantwortung, der Sachlichkeit und Mitarbeit, auf dem Boden des Rechts und der Kultur eine bessere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung für alle schaffen helfen. Unsere politischen und wirtschaftlichen Gegner drängen uns aber von diesem Wege ab. Wir sind bereit, den uns aufgezwungenen Kampf aufzunehmen.

Unser Kampf wird schwerer sein denn je. Gegen uns steht wieder wie früher die Regierung. Gegen uns steht das Unternehmertum. Gegen uns stehen weite Kreise des Bürger- und Bauerntums, weil sie unsere Ziele nicht kennen oder nicht verstehen. Der gesamten Reaktion steht eine uneinige Arbeiterschaft gegenüber. Kollegen, sieht nicht jeder von Euch ein, daß jetzt ein Ende gemacht werden muß mit aller Uneinigkeit, mit aller Zwietracht, mit allem Bruderkrieg? Unser Kampf ist nicht ungünstig, wenn wir einig sind. Wir haben mehr Bewegungsfreiheit als in den letzten Jahren. Wir brauchen also nicht entmutigt zu sein. Wir gehen freier, wagemutiger und entschlossener in den Kampf um die Rechte der Arbeiterschaft.

Meine Mitarbeiter vom Bundesvorstand haben Euch in dieser entscheidenden Sitzung die Grundlagen aufgezeigt, von denen aus unsere Verbandsvorstände den neuen Weg entschlossen beschreiten werden. Wilhelm Eggert hat gezeigt, wie wir die Wirtschaft gestalten wollen. Franz Spliedt hat dargelegt, wie wir den Angriffen auf die Sozialpolitik begegnen müssen. Clemens Nörpel hat uns klargemacht, wie wir das kollektive Arbeitsrecht mit allen Mitteln verteidigen werden. Hermann Schlimme hat gemahnt, in dieser Situation den letzten Arbeiter zu erfassen. Hermann Seelbach, der Leiter unserer Bundesschule, hat neue Wege der Bildungs- und Kulturarbeit aufgewiesen.

Kollegen, wir stehen vor einer entscheidenden Wendung. Mißlingen die Wirtschaftspläne der Reichsregierung, so ist die kapitalistische Wirtschaft erledigt. Die Entwicklung mag sein wie sie will. Sie wird uns gerüstet finden.

Die nochmalige Reichstagsauflösung erfordert eine neue politische Entscheidung des ganzen Volkes. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Ihr werdet wie früher Eure Stimme abgeben für die Demokratie und für soziale Gerechtigkeit. Ihr werdet alle Kräfte anstrengen, um hierfür die Mehrheit des Volkes bei dieser neuen Wahl zu gewinnen. Aber so wichtig die politische Entscheidung mit dem Stimmzettel, ebenso wichtig ist die über den Wahltag dauernde Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Organisation.

Kollegen, Männer und Frauen, Alte und Junge, die Ihr in Treue zu uns gehalten habt, an Eurer festen Haltung müssen und werden die Schwankenden nun wieder neuen Mut gewinnen. Euch Arbeiter und Arbeiterinnen aber, die Ihr noch abseits steht, fordere ich auf, Euch jetzt in die gewerkschaftliche Kampffront einzureihen. Die Gewerkschaften sind auch Eure Hoffnung. Sie bilden die Einheitsfront aller Schaffenden, die in diesem neuen Abschnitt der Geschichte notwendig ist. Unseren Gegnern aber rufen wir zu: Wir sind nicht am Ende. Eure Reaktion steigert unsere Kräfte. Keine Macht der Welt wird die freien Gewerkschaften Deutschlands überwinden.

Berlin, den 13. September 1932.

Mit Gewerkschaftsgruß

Der Bundesvorsitzende

Leipart

Das sind schöne Worte. Diese Botschaft hörten wir schon im Frühjahr. Leider — auch das sagen wir schon früher — fehlt uns der Glaube. Die Notverordnungen, die nach der Auffassung des Reichskabinetts trotz der Ablehnung im Reichstag nach wie vor zu Recht bestehen, sagen uns etwas anderes. Erwähnt sei aber auch aus der Rede die „sehr ernste Mahnung“, die der Reichskanzler an das Unternehmertum richtete. In den nächsten zwölf Monaten entscheidende sich die Zukunft der deutschen Wirtschaft und damit des deutschen Staates. Die Reichsregierung erwarte von den Unternehmern, daß sie die ihnen anvertrauten Mittel gewissenhaft zum Wohle des ganzen Volkes verwalten. Mit eiserner Strenge werde die Reichsregierung gegen Elemente vorgehen, die sich als Parasiten der Wirtschaft auf Kosten der Arbeiterschaft

bereichern wollen. Mißlinge der Plan der Reichsregierung, über die Privatwirtschaft den Organismus der deutschen Wirtschaft wieder zu beleben, dann sei das „freie“ Unternehmertum verloren. Dann würden jene Kräfte die Oberhand gewinnen, die den Gesamtbereich der deutschen Wirtschaft der staatlichen Regelung unterwerfen wollen. Ganz recht. Etwas anderes dürfte dann auch nicht übrig bleiben. Wer sollten sich die jederzeit auf mögliche Kassenprostitute abgestellten Schwermüdetriellen und die auf Liebesgaben erpichten Großgrundbesitzer plöglich über Nacht aus befechtigen Geiern zu ungeschuldvoll girrenden Tauben entwickeln? Das glauben wir nicht. Das Wesen des Kapitalismus zieht andere Bahnen.

Der Reichskanzler sprach dann noch vom Umbau des staatlichen Lebens in Deutschland. Er wandte sich in der an ihm bekannten Weise gegen parlamentarische Parteienkoalitionen. Dies sei eine Staatsform, die den Bedürfnissen des deutschen Volkes nicht entspreche. Siehe da! Sonst braucht man sich ja wohl in jenen Kreisen gern am „Vernanentum“. Nun, die germanischen Völker Europas, die Engländer, die Dänen, die Schweden, die Holländer, die Norweger, die Schweizer, die Oesterreicher — sie alle haben diese Staatsform parlamentarischer Parteienkoalitionen. Sollte das in dem in diesem Strahlenkranz des Votantums allein noch fehlenden Deutschland dann nicht ebenfalls möglich sein? Papen hält es für unmöglich und erklärt, man müsse zu dem Gesetz der „politischen Vernunft“ zurückfinden; damit meint er jene Vernunft, wie sie Papen und die Männer vom Herrenklub verstehen. In diesem Zusammenhang rüfte der Reichskanzler auch den Nazis auf die Pelle. Diese glauben, heute die „etwas verstaubten Requiriten des sozialistischen Klassenkampfes“ hervorholen und den Kampf gegen die „feinen Leute“, gegen die „Herrenschicht“, führen zu müssen. Nur keine Aufregung! Die miteinander verknurrten feindlichen Brü-

der, die ja bei Lichte betrachtet die gleichen Ziele verfolgen und sich nur durch rein persönliche Gegenstände über die politische Machtverteilung einander in den Haaren liegen, dürfen sich sehr schnell wieder zusammenfinden. In der Auffassung über die „neue Staatsführung“ sind beide so wesensverwandt wie die flammesichen Zwillinge...

Papen sprach noch manches. Leider sagte er nichts über die Verschlagung des Tarifrechts, über den ungeheuren Lohnraub, über die Verschlechterung der Sozialgesetze, welche „Wohlfaten“ durch die Notverordnung vom 4. September dem werktätigen Volk aufgezogen werden sollen. Gesah dies, um die wohlbedachte Rede des Reichskanzlers nicht durch grelle Mißklänge zu stören? Aber vielleicht war der Reichskanzler der Meinung, daß diese „Wohlfaten“ die Arbeiter und Angestellten noch zeitig genug am eigenen Leibe erfahren würden...

Der Reichstag ist aufgelöst. Und da verläuft, die deutsche Reichsverfassung bestehe immer noch, und zwar unverändert, sie sei nicht einmal — wie manche bösen Zungen zu behaupten wagen — bedenklich angeknabbert, so muß innerhalb sechzig Tagen zum Reichstag neu gewählt werden. Viele deutsche Staatsbürger traten damit in diesem Jahre zum fünften Male an die Wahlurne. Wir werden auch in diesen Wahlkampf gehen als Gewerkschafter und Sozialisten und diese Leberzeugung durch den Stimmzettel zum Ausdruck bringen. Die Parole heißt auch in diesem Wahlkampf: Gegen jede Verwässerung der Sozialpolitik, gegen jede das Arbeiter Einkommen schmälernde Notverordnung, gegen Papen und die von ihm vertretene schmale Schicht der profitflüsternden Schwermüdetriellen und des arbeitfeindlichen Junkertums, gegen jede Abschaffung oder Verschlechterung demokratischer Volksrechte, gegen Krisennot und reaktionären Faschismus — für Arbeitsbeschaffung und Bürgerfreiheit, für Sozialismus!

ungen des Akkordverdienstes wären nur durch Kündung der Arbeitsverhältnisse möglich. Die Verordnung gibt dem Unternehmer keinerlei Recht, überfällige Löhne oder tatsächliche Akkordverdienste abzubauen. Dadurch entfällt die Friedens- und Durchführungspflicht der Gewerkschaften. Alles muß getan werden, um die unabweislichen Eingriffe der Notverordnung in die schon jetzt stark verkümmerte Lebenshaltung der Arbeiterschaft abzumehren!

Nach einer lebhaften Aussprache, die sich zum größten Teil im Sinne der Ausführungen der Berichterstatter bewegte, zog der Bundesvorsitzende Leipart aus den Vorträgen und der Debatte nachstehende Schlusfolgerungen: Die Verhandlungen über die Notverordnung waren durch ihre sachliche Höhe und wegweisende Kraft der bedeutsamen Stunde dieser Tagung würdig. Eine der Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung wird es jetzt sein, gegenüber dem neu geschaffenen Recht in der Deffektivität mit übergeordneter Wirkung ihre Rechtsauffassung zu vertreten. Alle Gewerkschaften haben das gemeinsame Interesse, gegen die lobnpolitischen Auswirkungen der Notverordnung schärfsten Widerstand zu leisten. In der Debatte seien Bemerkungen über Wert und Unwert der Tarifverträge gefallen. Auch das Schlichtungswesen verliere in seiner heutigen Form seinen Wert immer mehr, je mehr die Staatsgewalt dazu übergeht, es nur noch als Mittel zur Verbindung der Gewerkschaften zu handhaben. Die Gewerkschaften sind der festen Überzeugung, daß auf dem von der Reichsregierung eingeschlagenen Wege der privatwirtschaftlichen Initiativen ein Auftrieb der Wirtschaft nicht zu erwarten ist. Um so weniger können sie auf die Forderung verzichten, daß die Regierung neben ihren sonstigen Maßnahmen ökonomischer Art die Verwirklichung dieser Stills in Angriff nimmt. Zur Vermeidung dieser Arbeitsbeschaffung können erhebliche Beiträge aus den Mitteln genommen werden, die zur Steuererleichterung zur Verfügung stehen. Nach unerer auf Erfahrungen der letzten Jahre gestützten Auffassung wird der weitere Lohnraub die von der Regierung erwartete Wirkung, die Anknüpfung der Wirtschaft, durchkreuzen. Erneut erklären die Gewerkschaften ihren entschiedenen Protest, ihren Willen zum energischen Widerstand gegen den geplanten Lohnraub und die Durchbrechung der Unabhängigkeit der Tarifverträge. Diese Durchbrechung der Anknüpfungsbasis hebt den Sinn der Tarifverträge auf. Die Gewerkschaften sind um so mehr Gegner dieser Maßnahme, weil die Tarifverträge die tiefste Grenze der Entlohnung, den Schutz der Lebenshaltung der Arbeiterschaft nach unten festlegen. Dieser Schutz entfällt durch die Bestimmungen der Notverordnung. Damit werden die Tarifverträge für die Arbeiterschaft wertlos. Damit verliert die Arbeiterschaft das Interesse an ihnen. Damit verschwindet auch das Interesse der Gewerkschaften an der tarifvertraglichen Regelung. Aus dieser Erkenntnis werden die Verbände im einzelnen die Konsequenzen ziehen! — Den von Leipart gezogenen Schlusfolgerungen wurde einstimmig zugestimmt.

Bundesausschuß und Notverordnung zur Belegung der Wirtschaft.

Am 9. September nahm auch der Bundesausschuß des ADGB Stellung zu der „Notverordnung zur Belegung der Wirtschaft.“ Einleitend betonte der Bundesvorsitzende Leipart, alle Gerüchte und Behauptungen, nach denen zwischen den Gewerkschaften und Abgeordneten der Nationalsozialisten oder Mitgliedern des Reichskabinetts verhandelt worden wäre mit dem Ziel einer Umbildung oder Neubildung der Regierung oder gar der Isolierung einer neuen Regierung durch die Gewerkschaften, seien von unsern Gegnern häufig aus den Fingern gefogene Unwahrheiten. Selbstverständlich haben die Gewerkschaften auch auf die gegenwärtige Regierung einen Einfluß im Interesse der Arbeiterschaft auszuüben suchen, wie sie alle Maßnahmen vertreten werden, die in den Aufgabenkreis der Gewerkschaften fallen. Die Bundesleitung habe schon stets durch Eingaben, Besuchen, Vorstellungen und Proteste bei den verschiedenen Regierungsteilen ihren Einfluß geltend gemacht. Dies sei auch im Zusammenhang mit den Ueberfällen auf Gewerkschaftsbüro durch nationalsozialistische Banden eindringlich geschehen.

Dann gab Egger einen Ueberblick über den Papenplan und seine Tendenzen. Der Plan der Regierung beruhe auf der Annahme einer bald zu erwartenden wirtschaftlichen Belegung. Leider überfalle heute der Produktionsapparat bei weitem die Konsummöglichkeit. Die mangelnde Beschäftigung beruhe auf dem Mangel an innerem und äußerem Absatz. Der Papen-Plan habe einen entscheidenden Weg als der Arbeitsbeschaffungsplan des ADGB. Die Reichsregierung wolle die Kräfte des privaten Unternehmertums einsetzeln und diesem den Arbeitern gegenüber weitestgehende Willkür gewähren. Der Redner besprach dann das System der Steueranrechnungsscheine. In welchem Umfang dabei Arbeitsbeschaffung bereitgestellt werden soll, bleibe das Geheimnis der Reichsregierung. Man staune, wie es möglich ist, daß die Regierung bei der jetzigen Finanzlage des Reiches sich einen so großzügigen Steuererlaß leisten könne. Auch die Prämie für Arbeitsbeschaffung von Arbeitern sei verkehrt und müsse zu schweren Ungerechtigkeiten sogar den Unternehmern gegenüber führen. Unternehmer, die aus sozialer Rücksichtnahme bisher schon verkürzt arbeiten ließen, werden jetzt dafür bestraft, während der rücksichtslose Unternehmer, der 48 und sogar mehr Wochenstunden arbeiten ließ und überflüssige Arbeitskräfte kurzerhand auf Pfahler warf, jetzt Prämien beziehen könne für die Arbeitsbeschaffung von Arbeitern bei verkürzter Arbeitszeit. Ungeheuerlich sei es auch, daß Unternehmungen, die Aufträge von der öffentlichen Hand erhalten, gleichfalls die Prämie einstreifen sollen. Ein besonderer Widerstand liege darin, die Wirtschaft durch Lohnkürzung, die eine Verringerung der Massenkaufkraft mit sich bringt, wieder in Gang setzen zu wollen. Der Arbeitsbeschaffungsplan der Regierung werde das Gegenteil dessen, was damit beabsichtigt ist, mit sich bringen.

Spließt berichtete über Besprechungen von Bundesvertretern mit dem Reichsarbeitsminister. Dabei war Gegenstand gebofen, auf die zahlreichen Widersprüche, Unklarheiten und Vermirungen hinzuweisen, die durch die neue Notverordnung entstanden sind. Spließt zeigte die unerträglichen Auswirkungen der oft unklaren und widersprüchlichen Fassung einzelner Bestimmungen auf. Abgesehen von der sozialpolitischen Untragbarkeit öffnen diese Bestimmungen dem Mißbrauch alle Türen. Der sozialpolitische Zeit der Verordnung habe zu sehr ersten Ausdehnungen geführt. Die Generalvollmacht für die Reichsregierung, alle sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Gesetze abzuändern, bedrohe das deutsche Sozialrecht in allen seinen Teilen. Diese Generalvollmacht — das sei dem Arbeitsminister unverhüllt gesagt worden — deute sich keineswegs mit den Bestimmungen der Reichsverfassung. Das von der Regierung behauptete Ziel, Arbeitslose unterzubringen, sei auch das der Gewerkschaften. Aber der Weg,

den dabei die Regierung einschlägt, sei falsch und werde katastrophale Folgen nach sich ziehen. Eine weitere Schrumpfung des Binnenmarktes und vermehrte Arbeitslosigkeit werden die Folge sein. Der zweite Teil der Verordnung, der die Senkung des Tariflohnes in „gefährlichen Betrieben“ gestattet, sei das schlimmste. Diese Bestimmung werde zu allgemeinen Lohnkürzungen ausgenutzt werden. Solche schäpfrigen Wege zur „Belegung der Wirtschaft“ müssen von den Gewerkschaften ganz entschieden abgelehnt werden. Entschieden verwerflich sei auch das Bestreben, die Löhne der Gemeindearbeiter und der Arbeiter in den gemeinschaftlichen Betrieben an die Löhne der Reichsbeschäftigten anzuknüpfen. Dadurch würde das erst kürzlich abgeschlossene Tarifwerk für die Gemeindearbeiter zerfallen. Das Recht der „Beandigung“ der Löhne dieser Arbeitergruppen bedeutet eine Befestigung aller Reichsbeschäftigten, sei es auch, weil zutreffende Vergleichsmöglichkeiten fehlen, praktisch undurchführbar. Dem Minister seien gesagt worden, daß die Arbeiterschaft alle Wege beschreiten werde, um den sozialpolitischen Teil der Verordnung zu Fall zu bringen. Die Verordnung ist sozialpolitisch, wirtschaftspolitisch und betriebswirtschaftlich eine Unmöglichkeit. Die Verkürzung der Arbeitszeit müsse durch die deutsche Regierung auch in Genz ganz energisch vertreten werden.

Clemens Dröpel gab dann eine Darstellung der sich aus der Notverordnung ergebenden arbeitsrechtlichen Fragen und Wirkungen. Während die Notverordnungen des Kabinetts Beratung im Rahmen der Verfassung eine andere Vertragsgrundlage vorliehen und die neue Verordnung die Vertragsgrundlage und macht die Vertragsregeln in nullo. Damit sei dem Tarifvertragswesen die Grundlage genommen. Tarifverträge, die nicht mehr ihrem Inhalt nach gelten, können auch nicht den Wirtschaftsfrieden sichern. Und wenn die Vertragsstreue befristet ist, können die Gewerkschaften unmöglich noch ein Verständnis für die Friedens- und Durchführungspflicht aufbringen. Durch die Verordnung seien alle Vertragsgrundlagen völlig aufgelöst. Die Befestigung der Unabhängigkeit hält Töpel für verfassungswidrig. Er befände sich darin in Uebereinstimmung mit den Universitätsprofessoren Einshamer, Ripperber und Versch. Arbeiter, vollen Tariflohn einzuklagen, zugleich könne dies Veranlassung geben zur Nachprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Bestimmungen der Notverordnung. Eine solche Klage könne aber auch auf eine Ueberstreichung der Reichsregierung übertragenen Befugnisse gestützt werden. Der § 1 im zweiten Teil der Verordnung berechtigt die Reichsregierung, die sozialen Einrichtungen „zu vereinfachen und zu verbilligen“. An diesen Begriff könne unmöglich die Unabhängigkeit der Tariflöhne fallen, sie sei eine Vereinfachung und Verbilligung einer sozialen Einrichtung. Der Tarifvertrag ist sozialer Recht. Soziales Recht kann man aber nur ganz oder teilweise aufheben. Ein solches Recht ließe der Reichsregierung durch die Notverordnung nicht zu. Eine Pflicht, die Löhne zu kürzen, liegt nach der Verordnung den Unternehmern zu, nicht den Gewerkschaften zu. Ihnen ist nur das Recht zur Kürzung zugelassen worden. Nach § 1 besteht die „Berechtigung“, nach § 7 die „Ermächtigung“ zur Kürzung der Löhne. Der Unternehmer kann die Löhne kürzen, er muß es aber nicht. Folglich wäre eine mit der Gewerkschaft getroffene Vereinbarung, daß kein Abzug vorzunehmen sei, für den Unternehmer bindend. Der Unternehmer hat auch nur ein einmaliges Recht zur einseitigen Kürzung, es sei denn, daß neue Verhältnisse eintreten, durch die er das Recht zur einmaligen Kürzung von neuem erwerben würde. Ferner werde in der Ausführungsverordnung ausgenommen von den „jeweiligen tarifrechtlichen Lohnhöhen“ der „Akordlohn“ von der Ermächtigung nicht getroffen. Tarifliche Kür-

Die Werbetätigkeit der Gewerkschaften.

Die Bundesausschuß-Sitzung des ADGB, besahte sich am 10. September mit der Frage der gewerkschaftlichen Agitation. Hermann Schömann referierte, Er vertrieb dabei auf die dem Ausschuß vorgeführte Ausstellung von Werbematerial der Gewerkschaften aus alter und neuerer Zeit. Große Summen müssen die Gewerkschaften allein für die Gewinnung neuer Mitglieder alljährlich aufwenden. Fortgesetzt sei zu prüfen, ob durch gemeinsame Agitation eine rationellere Werbung neuer Mitglieder möglich sei. Zum Wort und Schrift als Werbemittel ist in neuerer Zeit das Lichtbild, der Film, die Ausstellung getreten. Die altbewährten Methoden der Werbung müssen geprüft und neue Formen gesucht werden. Die Agitationsarbeit sei gleichbedeutend mit wirtschaftlicher Aufklärung. In Zeiten der Wirtschaftskrise gewinnt sie erhöhte Bedeutung. Vielfach zerstört politische Verheerung das Vertrauen der Außenstehenden zu den Gewerkschaften. Ein Vergleich mit dem Konjunkturverlauf zeige jedoch, daß trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten der Mitgliederzuwachs sich nicht annähernd in gleichem Umfange auswirkte. Heute müssen die Arbeiter, daß sie jede Schwächung ihrer Organisation mit Lohnraub und verschlechterten Lebensbedingungen bezaheln müssen. Jedoch seien trotz allen Mühen noch lange nicht alle Arbeiter und Arbeiterinnen für die Gewerkschaften gewonnen worden. Die Werbearbeit müsse erstens, seitdem die Arbeitskämpfe in die Tarifämter und Instanzen verlagert worden, die gewerkschaftliche Rückendeckung sei nicht mehr erforderlich. Die wirkungsvolle Aufklärungs- und Agitationsarbeit ist der offene Kampf zwischen Gewerkschaften und Unternehmern, meist dabei jeder Beteiligte die Macht der Organisation unmittelbar verspürt. Unlautere Propagandamethoden müssen die Gewerkschaften vermeiden, sie müssen sich bei ihrer Werbetätigkeit mehr an das Interesse des einzelnen an seinem Verbands als an das Gefühl der großen Masse wenden. Eines der wichtigsten Hindernisse sei das berufliche Ausgrenzungsgefühl. Alle Einzelverfahren sollten ausgeklügelt und in einer zentralen Stelle ausgewertet werden. Der gewerkschaftliche Vertrauensmann muß gemeinsam mit der geschäftlichen Betriebsverwaltung die Werbearbeit im Betriebe übernehmen. Größtes Gewicht müsse auf die Werbung unter den Jugendlichen, Lehrlingen und Frauen gelegt werden. Ueberall sollten besonders die Agitationskommissionen eingesetzt werden. Ihre Erfahrungen müssten die Ortsauskünfte sammeln und zur Aufstellung gemeinsamer Werbepläne verwenden. Gelegente jüngere Kräfte sind in die Werbearbeit einzuspinnen. Die mündliche persönliche Aufklärung war stets und ist auch heute das wirksamste Werbemittel. Das stärkste Propagandamittel ist die gewerkschaftliche Presse. Sie soll die Arbeitermassen aufklären, bilden und zur Solidarität geleitete Werbearbeit wird es möglich sein, das große Heer der Indifferenten zu verringern.

Der Leiter der Bernauer Bundesschule, Dr. S. Seelbach, sprach über die planmäßige Ausgestaltung der gewerkschaftlichen Agitation. In diesen Zeit der Wirtschaftskrise erhalte die gewerkschaftliche Werbearbeit erhöhte Bedeutung. Sie wird zu einer Schlüsselstrategie der Arbeiterbewegung. Deshalb müssen alle Gebiete gewerkschaftlicher Betätigung mehr als bisher die Werbearbeit bedürfen. Dies gelte vor allem auch für die gewerkschaftliche Bildungsarbeit. In der Vorkriegszeit war ihre Aufgabe, den Gedanken der Solidarität lebendig zu machen, den Opferinn zu pflegen, an den Idealismus zu appellieren

und die Massen zu aktivieren; in der Nachkriegszeit war die Bildungsarbeit als Folge der neuen Nachstellung der Gewerkschaften auf wirtschaftliche Schulung eingestuft. Es galt, die Arbeiter in die Gebiete der Wirtschaft, der Sozialpolitik und des Rechts einzuführen. Die Wirtschaftskrise hat auch der Bildungsarbeit neue Aufgaben gestellt; jetzt gilt es, den Menschen tiefer zu erfassen, ihn für den Kampf um die Ziele der Gewerkschaften einzuliegen. Was von der Bildungsarbeit gilt, gilt auch für die Aufgestaltung der Presse und für das Veramtlungsleben. Die Arbeit in diesem Bereich ist eine stärkere Werbearbeit notwendig. Diese Arbeit muß den Erkenntnis der Werbewirtschaftlichkeit der einzelnen Verbände, sie muß von der gesamten Bewegung getragen werden. Die Angriffe auf die Gewerkschaften werden zentral geführt, folglich muß auch der Gegenstoß zentral geführt werden!

Auch hier war die Ausprägung lebhaft und anregend. Dem Gedanken, bei der Werbearbeit die großen Gesichtspunkte der Werbung und ihrer Ziele stark in den Vordergrund zu rücken, wurde zugestimmt. Die Anregungen für die Aufgestaltung schriftlicher Werbematerials von zentraler Stelle wurden begrüßt. Der Wert der Unterstützungseinrichtungen als Anreizmittel wurde als wichtig erachtet. Von großer Bedeutung ist die Ausnutzung wichtiger Vorgänge für die Werbearbeit und in der Abwehr gegen Angriffe auf die Gewerkschaften. Die Werkschaffsarbeit muß ihren Charakter dem Agitationsbedarf anpassen; viele Werkschaffsblätter haben bereits gezeigt, daß sich die Schriftleitungen dieser Aufgabe bewußt sind. Die engen Beziehungen zwischen Bildungsarbeit und Werbearbeit wurden immer wieder betont. Wichtige Schlagworte, die die politische Situation bezeichnen, können die Werkschaffsarbeit nicht als Vorbild anerkennen. In der gewerkschaftlichen Werbearbeit müssen sachliche Gründe ihre Geltung behalten. Große Werkschaffsmitteilungen vor allem jüngeren Gewerkschaftsmitgliedern Gelegenheit zur Befähigung verschaffen. In den Verbändenzentralen müssen die Erfolge der Werbearbeit gut beobachtet und entsprechend ausgewertet werden.

Die Debatte über die Werbearbeit der Gewerkschaften soll später im Bundesauschuss fortgesetzt werden. Es gilt, alle alten Wege auf dem Gebiete der Werbearbeit auf ihre Nützlichkeit zu prüfen und neue Wege zu finden, um die Werbearbeit für die Gewerkschaften so intensiv und ertragreich wie möglich zu gestalten. Anregungen und Einrichtungen von zentraler Stelle sind zu erwägen, wenn nicht ausschlaggebend sein; jedes Gewerkschaftsmitglied muß den Drang in sich fühlen und ihn befähigen, seine Gewerkschaft so groß und stark wie nur irgendmöglich zu machen. Vor allem darf niemals die Werbearbeit vom Mund zu Mund vernachlässigt werden. In sich jedes Mitglied dieser notwendigen Gewerkschaftsarbeit bewußt, dann wird es leichtlich möglich sein, unsere Gewerkschaften möglichst unerschütterlich über diese furchtbare Wirtschaftskrise hinwegzubringen und sie neu zu kräftigen!

Ausgleichende Berechnung für — Unternehmer.

Durchführungsbestimmungen zur Notverordnung.
Den Beschwerden, die von interessierten Stellen der Öffentlichkeit erhoben worden sind gegen die Teile der Notverordnung vom 5. September 1932, die bei Mehrereinstellung von Arbeitern und Angestellten eine Senkung des Tariflohnes zugunsten der Unternehmer ermöglicht, aber in einer Weise, daß der Unternehmer, der seine Weisung durchführt, bestraft, aber dem Unternehmer, der rücksichtslos Arbeiter auf die Straße setzt, ohne auch nur den Versuch zu machen, die Weisung — etwa durch Arbeitszeitverkürzung — zu halten, bei Neueinstellung von Arbeitern durch die Lohnsenkungsmöglichkeit erneut ein Reiback verurteilt wird, verfaßt die Reichsregierung mit ihrer „Verordnung zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung zur Verbesserung und Ergänzung der Arbeitslosigkeit vom 14. September 1932“ abzuheben.

Diese Verordnung, die in einem sehr schwierigen, verwickelten und kraulen Beamtendeutsch verfaßt ist, so daß richtiges Verständnis sehr erschwert wird, erläutert, unter welchen Voraussetzungen eine Mehrereinstellung von Arbeitern oder Angestellten den Unternehmern angedehnt wird. Zunächst wird der Begriff der Betriebsabteilung umrissen. Als Betriebsabteilung gelten nur wirklich selbständige, auf einen eigenen Betriebszweck gerichtete Betriebsstellen im Sinne der Stillelegungsverordnung. Das grundsätzliche Neue und Gedänderte gegenüber der Notverordnung vom 5. September besteht darin, daß die Durchführungsbestimmungen die Berechnung der vorhandenen Weisung und ihrer Verrechnung grundsätzlich auf die 40-Stunden-Woche abstellt. Dabei ist zu beachten, daß nur geringfügig beschäftigte Mehrereinstelle nicht mitrechnet; sie müssen mindestens 40 Stunden in der Woche arbeiten oder die Durchschnittsarbeitszeit des Betriebes erreichen. Umgekehrt wird eine Vermehrung der Weisung, die nur durch Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich erzielt wird, nicht angedehnt. Den § 4 der Durchführungsverordnung wertet die Regierung als eine Bestimmung, die verhindern soll, daß die Lohnkürzung übermäßig stark wird, wenn der Unternehmer die bisherige Arbeitszeit von über 40 Stunden verkürzt und durch die dadurch mögliche Mehrereinstellung sich die Möglichkeit einer Kürzung des Tariflohnes verschafft. Den Unternehmern, die von Juni bis August eine geringere als zehnjährige Arbeitszeit wöchentlich hatten, wird die Zahl der tatsächlich neu eingestellten Arbeiter erhöht angedehnt. Dadurch soll vermieden werden, daß Unternehmer, die bereits früher die Arbeit gestreckt hatten, jetzt schlechter gestellt werden als die, die durch Verminderung der Weisung eine Vollbeschäftigung von 48 Stunden aufrechterhalten haben. Es soll auch vermieden werden, daß der Arbeitsverdienst der vorhandenen Arbeiter, der bei Verkürzung der Arbeitszeit notwendig schon vermindert ist, außerdem noch entsprechend der Verkürzung durch Unterforderung der tariflichen Höhe weiter vermindert werden kann. Verkürzt ein Unternehmer die Arbeitszeit bis auf 40 Stunden, so erhöht sich die Grundgröße für die Bemessung des Umfangs der Arbeitervermehrung. Für einen Betrieb, der mit 200 Arbeitern bisher 48 Stunden arbeitete und nun die Arbeitszeit auf 40 Stunden, also um ein Sechstel verkürzt, erhöht sich damit die Grundzahl der Beschäftigten ebenfalls um ein Sechstel, d. h. von 200 auf 233. Die Tariflöcher dürfen erst dann gekürzt werden, wenn der Unternehmer mindestens

5% von 233 bisherigen Arbeitern mehr eingestellst hat. Der nächste Paragraph der Durchführungsverordnung verändert die Berechnungsgrundlage in den Fällen, wo im Gegensatz zum vorausgesetzten Beispiel bisher weniger als 40 Stunden durchschnittlich bis her der Betrieb im Gesamtumfang gearbeitet wurde. Arbeitete der Betrieb im Gesamtumfang bis her 30 Stunden, so erhöht sich bei der Zahl der tatsächlich neu Eingestellten um ein Drittel, betrug die Durchschnittsarbeitszeit nicht mehr als 30 Stunden, um zwei Drittel, und wenn der Gesamtumfang nicht mehr als 24 Stunden betrug, um drei Drittel. In letzterem Falle verdoppelt sich also die Grundzahl. Für einen Betrieb, der beispielsweise nur 36 Stunden gearbeitet hat und nun 30 Arbeiter neu einstellt, rechnen diese 30 Neueinstellungen gleich 40 Neueinstellungen, bei bisher nur 30-tägiger Arbeitszeit gleich die 30 Einstellungen 50 Neueinstellungen und bei bisher nur 24-tägiger Arbeitszeit werden die 30 Neueinstellungen 60 Neueinstellungen gleichgesetzt. Eine doppelte Kürzung der Lohn- und Gehälter würde nur in den Fällen eintreten, in denen ein Betrieb so viele Arbeiter neu einstellt, daß dadurch nicht nur die Arbeitszeit ausgeglichen würde, sondern darüber hinaus eine Vermehrung der Beschäftigten einträte. Mit diesen Bestimmungen hofft die Regierung eine unumkehrliche Verengung der Unternehmer zu verhindern, die ihre Arbeiter und Angestellten rücksichtslos entlassen haben. Die Regierung will aber nicht davon absehen, die Gewährung von Steuerergüssen ebenfalls von einer Mehrbeschäftigung von Arbeitern abhängig zu machen.

Wir stellen vor:



Gregor Straßer,
Reichstagsabgeordneter. Als Reichsorganisationsleiter neben Hitler der ausschlaggebendste Mann in der NSDAP. Auf einer Tagung der Nazistunde Ende 1931 in Leipzig erklärte er: „daß die Frau aus dem Produktionsprozeß verjagt werden müsse, und daß man ihr im Dritten Reich beibringen werde, mit dem Gelde, das der Mann nach Hause bringt, auszukommen. Wurst und Weißbrot werden verschwinden, dafür werden wir die gute alte Erbsensuppe wieder zu Ehren bringen.“ Und am 4. Dezember 1931 in Stuttgart: „Und wenn wir bis an die Kniechen im Blut stehen müssen um Deutschlands willen, so wie wir es haben wollen. Entweder leben und befehlen wir oder die anderen, dann krepieren wir!“

Die 400 M nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. September wird der Unternehmer also auch dann erhalten, wenn die Vermehrung seiner Weisung nur auf einer Steigerung der Produktionsdauer und nicht auf einer Steigerung der Produktion beruht. Wer bei der Bemessung des Umfangs der Vermehrung der Arbeiter oder Angestellten bei der Berechnung der Grundzahl mitzuzählen ist, bestimmt § 2 der Durchführungsverordnung. Auch das Krämpfersystem wird eingeschaltet mit der Maßgabe, daß die auf Grund eines planmäßigen Aufkaufes (Krämpfersystem) ausgedehnten Arbeiter mitzuzählen sind. Dagegen sind nicht mitzuzählen eine Reihe von Personen, von denen für das Bau- und die Baubaugewerbe die folgenden von Interesse sind: Nicht mitzuzählen sind der Ehegatte des Unternehmers sowie Personen, die mit ihm im ersten oder zweiten Grade verwandt oder verwandtschaftlich sind, ferner Arbeiter, deren Beschäftigung unfähig im Sinne der Reichsversicherungsverordnung § 441 ff, sowie Lehrlinge und Volontäre. Außerdem sind von den nach dem 5. September neu eingestellten Arbeitern nicht mitzuzählen: Alle Arbeiter oder Angestellten, die nicht mindestens 40 Stunden in der Woche oder, falls die Arbeiter oder Angestellten des Betriebes oder der Betriebsabteilung durchschnittlich kürzer arbeiten, nicht mindestens während dieser Durchschnittsdauer beschäftigt werden, ferner Arbeiter, deren Lohn nicht den für gleichartige Arbeiten im Betrieb geltenden Tarifsatz entspricht oder mangels solcher nicht mindestens dem Ortslohn gleichkommt. In der Durchführungsverordnung wird dann noch klargestellt, daß der Abzug n u r vom tarifvertraglichen Lohnsatz ausgeben kann. Die über tariflichen Lohnsätze, Schöngelde usw. hinausgehende. Ferner gelten die an Sonn- und Feiertagen geleisteten Arbeitsstunden im Sinne der Verordnung als „Wochenarbeitsstunden“. Damit soll vermieden werden, daß der Gehaltsersatz etwa fittig werden läßt, ob in dem Fall, wo die 31. bis 40. Arbeitsstunden auf einen Sonn- oder Feiertag fallen, der Lohnsatz zulässig ist oder nicht. Weitere Bestimmungen, und zwar solche über die Regelung der Lohnabzüge im Schiffsbetriebe und solche über die Regelung der Abzüge bei Alkoholentlohnung stehen bevor. Hinsichtlich der Alkoholentlohnung soll eine besondere Verordnung erlassen werden.

Das ist in Kürze dargestellt ein Versuch, eine besonders den Unternehmern trobende ungleiche Behandlung abzumenden. Für die Arbeiterchaft ist festzustellen, daß die Durchführungsbestimmungen keine fähbare Verbesserung bringen. Unsere grundsätzlichen Bedenken und der energische Protest der Gewerkschaften gegen die Notverordnung bleiben aufrechterhalten.

Der gefährliche Weg des Lohnabbaus.

Durch wiederholten Lohnabbau will die Reichsregierung die Wirtschaft „ankurbeln“. Schon in unserer vorigen Nummer legten wir dar, daß dieses Experiment sehr gefährlich sei. Wir sagten, in dieser intentionellen Weise ausgemergelten Arbeiter werde die Kraft fehlen zu voller Arbeitsleistung. Wir sagten ferner, daß unter solchen Umständen die Arbeitsfreude sinken müsse und daß für Hungerlöhne nur hohe Arbeit geleistet werden könne. Heute sehen wir, daß selbst in dieser Reichsregierung einflussreiche Personen vorhanden sind, die gleich um der Meinung halben, daß man die Not der Arbeiterchaft nicht ungefragt steigern dürfe. Aus Anlaß der Frage der Einführung der Vierzigstundewoche in den Reichs- und Staatsbetrieben mußte nämlich auch die Lohnfrage debattiert werden. Darüber steht nun in dem Protokoll folgendes:

„Der Vertreter des Finanzministeriums besetzte in erster Linie die Tarifgebundenheit in der Frage der Arbeitszeit und wies nach, daß — zumal in den unteren Gruppen der Arbeiter und Angestellten — eine weitere Einkommensherabsetzung durch Herabsetzung der Arbeitszeit nicht mehr möglich erscheine, ohne daß die Zuverlässigkeit der Arbeiter und ihr Arbeitswille leide, ein Punkt, auf dessen Wichtigkeit besonders auch von Vertretern der Heeresleitung hingewiesen wurde.“

Ein Gewerkschaftssekretär hat diese Äußerung nicht gemacht. Aber was nach diesem Protokoll „nicht mehr möglich erscheint“, das verordnet dieselbe Reichsregierung für die Privatwirtschaft. Eingeweihte, die die tatsächliche Lohnlage der Arbeiterchaft genau kennen, hatten eine weitere Einkommensherabsetzung für untragbar, während der Herr Reichskanzler dies als eine „soziale Tat“ anpreist. Der Mann kennt die Wirklichkeit nicht. Er scheint der Meinung zu sein, daß eine Niedriglohnherabsetzung der Arbeiterchaft für diese in jedem Falle tragbar sei. Denn zu Pellkartoffeln und Delistippe dürfte es immer noch reichen und die notwendige Erneuerung verausgabter Arbeitskraft steht anscheinend nicht im Wertehaltungskatalog Papens. Der Einfluß der Unternehmer auf diese Reichsregierung ist übermächtig. Die Reichsregierung, die sich rühmt, über den Parteien zu stehen, folgt hier den falschen Ratschlägen einer Partei, in deren Reihen sich die größten wirtschaftlichen Scharfmacher aufhalten. So rollt der Kurs der neuen Staatsführung gemächlich dem Abgrund zu...

Arbeitsgemeinschaften der jungen Generation.

In den gewerkschaftlichen Veranstaltungen spielt die junge Generation eine geringe Rolle. Ihre Beteiligung am Gewerkschaftsleben steht in einem Mißverhältnis zu ihrer zahlenmäßigen Stärke. Als Ursache hierfür wurden in einer Beprechung der Sachbearbeiter für Jugendfragen beim DGBB verschiedene Gründe angegeben: Die wachsende Politisierung läßt „strockene“ gewerkschaftliche Arbeit im Ansehen sinken. Die Betätigungsmöglichkeiten für junge Kräfte sind in der Gewerkschaftsbewegung naturlichermaßen begrenzt. Sie sind außerdem durch die Häufung von Funktionen in einer Hand eingeschränkt. Das zukunftsweisende Ziel der Bewegung ist nicht deutlich genug für jeden in der von politischen Wirren erfüllten Zeit herausgestellt.

Um diesen Mängeln in der Schulung und Heranziehung der jungen Generation zu Funktionen wirksam zu begegnen, wurden folgende Richtlinien für die Zusammenfassung der jungen Kollegen zu Arbeitsgemeinschaften beprochen und schrittweise aufgestellt. Wir haben mehr als bisher die Jugendabteilungen auszubauen und die Jugendarbeit folgerichtig an den über 18 Jahre alten Jugendlichen fortzuführen. Hierbei sind zu beachten:

- Aufgaben der Zentrale.**
Bereitstellung von Vortragsdispositionen und Ausschärfen als Grundlage für Ausreden in den zu bildenden Arbeitsgemeinschaften. Veröffentlichung von Hinweisen in der Gewerkschaftspressen zur Befähigung in der Bewegung und zur Erhaltung der jungen Generation. Eintreten in Wort und Schrift für den Gedanken: die Jugend hat gleichfalls ein Recht auf Arbeit. Die junge Generation darf nicht nur „Werbung“ vorgelesen bekommen, sie muß auch in praktische Gewerkschaftsarbeit eingeweiht werden. Der Kreis aktiver Funktionäre ist möglichst zu vergrößern.
- Aufgaben der Gau- und Bezirksleiter.**
Die Tätigkeit der Gau- oder Bezirksleiter erstreckt sich auch auf die Förderung der Arbeitsgemeinschaften unter Beachtung der größtmöglichen Einseitigkeit der Schulungsarbeit im Tätigkeitsbereich.
- Aufgaben der Filialen (Ortsvereinigungen).**
Die Leistung der Arbeitsgemeinschaften untersteht der Ortsvereinigungsleitung, die einen geeigneten Leiter für diese Aufgabe bestimmt. Bei persönlicher Eignung gewerkschaftliche Erfahrung und nicht allzu jung) wird es zweckmäßig sein, den Jugendlichen mit dieser Aufgabe zu betrauen. Sind in einer Ortsverwaltung nicht genügend Mitglieder der jungen Generation vorhanden, die sich zusammenschließen wollen, so ist Verbindung mit anderen Verbänden zwecks gemeinsamer Arbeit zu suchen, oder der Ortsauschuss übernimmt die Aufgabe für alle Verbände am Ort. Die für irgenwelche Funktionstätigkeit (Kleinarbeit: Flugblattverteilung, Stempelstellenpropaganda, Sausagitation, Beitragskassieren, Protokollführen, Jugendgruppenarbeit usw.) geeigneten sind herauszusuchen und als Funktionäre einzusetzen. Planmäßiges Einpannen der Teilnehmer in die praktische Gewerkschaftsarbeit. Bei n u r bildungsmäßiger Erfahrung dieser Altersstufe besteht die Gefahr des Theoretisierens und des Zerfalls der Gruppe. Neben die Wissensübermittlung muß die praktische Betätigung treten.
- Aufgaben des DGBB und seiner Unterorganisationen.**
Der Bundesvorstand, die Bezirks- und Ortssekretariate unterstützen die Bestrebungen zur Erhaltung der jungen Generation in Wort und Schrift. Die Ortsauschüsse sind verpflichtet, dort, wo die Möglichkeit zur Bildung von Arbeitsgemeinschaften auf Verbandsgrundlage nicht besteht, eine Zusammenfassung von sich aus vorzunehmen. Die Aufgabe ist nun, die Richtlinien entsprechend den örtlichen Möglichkeiten zu verwirklichen. In Gemeinschaft mit jung und alt muß die Zusammenfassung der jungen Generation zur Förderung der Schlagkraft unserer Bewegung gelingen.

Die Tiefbauarbeiterlöhne immer noch „zu hoch“!

Bei der Notstandsarbeit am Meerfrachtenbau in Bremen ist die Entlohnung der dabei beschäftigten Arbeiter auf 10 % unter dem Tariflohn für Straßenbauarbeiter festgesetzt worden. Die bremische Staatsbehörde hatte in ihrem Antrag auf Förderung vorgeschlagen, die Tariftabelle zu zähnen, trotzdem wird der Präsident der Reichsanstalt von diesem Vorschlag ab und „verordneter“ den niedrigeren Lohn. Unser Bundesvorstand fragte deshalb beim Präsidenten der Reichsanstalt an, welche Gründe hierzu Veranlassung gäben, nach Ansicht unserer Baugewerkschaft Bremen habe hierfür kein Grund vorzuliegen. Der Präsident Dr. Sprup antwortete auf diese Anfrage, der Zweck des Arbeitsbeschaffungsprogramms bestehe darin, möglichst viele Arbeitslose in dem zusehlichen, vom Reich finanzierten Bauvorhaben in Arbeit zu bringen. Deshalb habe er sich auch in diesem Falle veranlagt gesehen, die Tariftabelle zu senken.

Wenn die Tiefbauarbeiter mit ihren Löhnen auf Kosten gebettet wären, so könnte man einen solchen Bescheid und eine solche Einstellung noch zur Not verstehen. Jedoch jeder, der noch einen Hauch sozialer Einsicht in sich verspürt, wird zugeben müssen, daß die tariflichen Löhne der Tiefbauarbeiter wiederholt und dermaßen gesenkt worden sind, daß man vernünftigerweise an eine weitere Herabdrückung dieser Jammersöhne nicht denken sollte. Aber Dr. Sprup ist anderer Meinung. Und da er auf diesem Gebiete allmächtig ist, gebührt dem gewöhnlichen Staatsbürger Schweigen. Vielleicht gehört auch so etwas zu der „neuen Staatsführung“.

Sticht der Marxismus ist an der Krise schuld!

Unabhängig der Besprechung eines jüngst erschienenen Amerikabuches in der „Frankfurter Zeitung“ bezeugt Arthur Feiler jene leidenschaftlichen Behauptungen, die Lohn- und Sozialpolitik der Gewerkschaften seien an der Herabsetzung der Wirtschaftskrise schuld, mit dem Hinweis auf die Vereinigten Staaten, die von der größten Krise erschüttert sind, ohne daß dort irgendwelche „marxistische“ Einsätze vorhanden gewesen wären. Nach jener Darstellung ist in Amerika der „Hunger nach Waren und Gütern riesengroß, und das Angebot von Waren und Gütern ist ebenfalls riesengroß, aber beide finden nicht mehr zueinander. Neben den unerschöpflichen riesigen Lagerstätten des fruchtbarsten Landes der Welt, Kanada, können die Arbeitslosen zu Hunderttausenden nicht einmal den trockensten Brot ihren Hunger stillen. Viele Farmer in Kanada und in den Vereinigten Staaten haben ihren Weizen nicht abgemäht, weil es sich nicht lohnte, während Tausende von Arbeitslosen in den nahebei gelegenen Städten zweimal am Tage Stundelohn um eine dürftige Mahlzeit aus der Suppenküche annehmen mußten.“

Diesen bitteren Feststellungen fügt Feiler hinzu: „Man vergesse bitte nicht: von Amerika ist hier die Rede, nicht etwa von Deutschland — von Amerika, wo natürlich nicht

die Republik die ganze Krise und alle Not der Bauern, der Arbeitslosen und der Unternehmer auf dem Gewissen hat, von Amerika, wo es kein „System“ und keinen „Marxismus“ und keine „Sozialisierung“ und keinen „populären Lohn“, wo es keine Oermachtsgewalt und nicht einmal eine Arbeitslosenversicherung gibt und wo doch die Krise genau so furchtbar ihr Zerstückungswerk an Menschen und Betrieben tut wie bei uns — von Amerika, wo, genau wie bei uns, die Unternehmerrandni und -politik sich ihrer Liebe zur „freien Wirtschaft“ immer nur erinnern, wenn es gegen Arbeitermännliche Front zu machen gilt, aber die freie Wirtschaft ganz vergessen, wenn es fast dessen um Jülle, um Trufts und um Subventionen geht, und wo man infolgedessen jetzt in der Krise große öffentliche Gelder ebenfalls für mannigfaltige Stützungsversuche eingelegt hat, ebenfalls ohne Erfolg und ebenfalls mit schweren finanziellen Einbußen für den Staat.“

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 29. August 1932.

Table with 6 columns: Bezirksverband, Berichtende Bau-gewerkschaften, Mitgliederzahl am Stichtag, Arbeitslose Anzahl, Arbeitslose %, Die Woche vorher Anzahl, Die Woche vorher %. Rows include Königsberg, Danzig, Stettin, Breslau, Berlin, Magdeburg, Erfurt, Frankfurt, Köln, Dortmund, Hannover, Bremen, Hamburg, Rostock, Dresden, Nürnberg, München, Stuttgart, Karlsruhe, and a summary row 'Zusammen'.

Die Arbeitslosigkeit stieg gegenüber dem Vormonat im Reichsdurchschnitt von 76,80 % auf 77,25 % = 0,45 %. In der gleichen Zeit des vorigen Jahres betrug der Reichsdurchschnitt 62,76 %. Er ist demnach in diesem Jahre um 14,49 % höher. Die Arbeitslosigkeit stieg in den Bezirksverbänden Stettin 0,8 %, Breslau 1,6 %, Berlin 4,9 %.

Frankfurt 1,6 %, Hannover 3,5 % und Stuttgart 1,7 %. Sie ging zurück in den Bezirksverbänden Königsberg 2 %, Magdeburg 0,7 %, Erfurt 0,1 %, Köln 0,5 %, Dortmund 1,5 %, Bremen 1,4 %, Hamburg 0,2 %, Rostock 1,4 %, Dresden 1,5 %, Nürnberg 0,7 %, München 2,3 %, Karlsruhe 0,2 % und Danzig 2,1 %. Von den Hauptberufsgruppen sind bei den Maurern 81,8 % (Vormonat 82,2 %), bei den Bauführern 80,9 % (80,2 %) und bei den Tiefbauarbeitern 74,6 % (73,9 %) arbeitslos. Von den Lehrlingen sind 35,5 % ohne Arbeit.

Aus der Sozialgesetzgebung

Erlaß von Hauszinssteuer in Preußen.

Die Änderung der Hauszinssteuerordnung vom 8. Juni 1932, die an Stelle der Befreiung von der Hauszinssteuer die Gewährung von Mietbeihilfen vorsah, ist durch Verordnung vom 29. August 1932 zum Teil wieder rückgängig gemacht worden. Künftig wird Inhabern von Wohnungen wieder Erlaß der Hauszinssteuer gewährt; aber nur, wenn Mieter nachweislich eine laufende Unterbringung als Mittel der öffentlichen Fürsorge belegen, und zwar in Höhe des Betrages, um den die laufende Unterbringung sonst höher sein müßte; oder soweit Mietern nachweislich eine laufende Unterbringung als Mittel der öffentlichen Fürsorge gewährt werden müßte, weil sie sonst die volle Miete nicht zahlen könnten; oder soweit die Einziehung eines der gesetzlichen Mietes entsprechenden Mietzinses dem Eigentümer nachweislich nicht möglich ist. Die neue Regelung ist eine Verschärfung gegenüber der vor dem 8. Juni geltenden Bestimmungen. Früher hatte der Wohnungsinhaber Anspruch auf Befreiung, wenn sein Einkommen weniger als 100 M monatlich betrug; jetzt wird die Entscheidung über seinen Antrag von einer Bedürftigkeit abhängig gemacht. Anträge auf Erlaß der Hauszinssteuer sind künftig nicht mehr bei der Steuerbehörde, sondern bei der Fürsorgebehörde, und zwar von dem Wohnungsinhaber direkt zu stellen. Als Rechtsmittel gegen die Entscheidung der Fürsorgebehörde kommt zunächst der Einspruch und bei dessen Zurückweisung durch die Fürsorgebehörde die Beschwerde an den Bezirksausschuß, der endgültig entscheidet, in Betracht. Der Mieter in Häusern, für die die Hauszinssteuer ganz oder zum Teil abgelehnt ist, gilt die gleiche Regelung mit den sich aus Artikel II § 3 der Hauszinssteuerordnung ergebenden Einschränkungen. Die Gewährung von Mietbeihilfen an hilfsbedürftige Neubaugemeinde wird durch die neue Verordnung nicht hinfallig. Diese Mieter müssen ebenfalls bei den Fürsorgebehörden Antrag auf Gewährung von Mietbeihilfen stellen. Ihre Verhältnisse werden unter den gleichen Voraussetzungen wie bei Anträgen auf Erlaß der Hauszinssteuer nachgeprüft.

Das Fahrrad der Lindcar-Werke.

Das Mißerhältnis der Einkünfte der Arbeiter und Angestellten gegenüber den hohen wöchentlichen Fahrgeldern hat heute den kleinen Mann dazu bewogen, das Fahrrad als das billigste und bequemste Verkehrsmittel zu bevorzugen. Das Fahrrad wird deshalb — wenn auch auf Grund der Krise und Arbeitsarmut in gewissem Grade beschränkt — in diesem Jahr bis tief in den Oktober hinein begehrter bleiben. Diesem Eigenvernehmen der Gewerkschaften, das Lindcar-Fahrradwerk in Berlin-Lichtenrade kann feststellen, daß bei ihm der Erlaß- und Zubehörverkauf in diesem Jahre ganz ungewöhnlich groß gewesen ist. So mancher hat sich seines alten Fahrrades, das er im Keller oder auf dem Boden verstaubt hatte, wieder erinnert und es in Schutz gebracht. Daneben läuft im Lindcar-Fahrradwerk ein vielfältig guter Absatz an neuen Verkehrsmitteln. Dies erlauben heute die bedeutend herabgesetzten Preise und die günstigen Zahlungsbedingungen. Einbar verkauft heute Fahrräder schon für 62 Mk. Die Wochenraten betragen bei dem katalogmäßigen Modell 44 nur 2 Mk. Günstigeres kann den Arbeitern nicht gefoten werden, da das wöchentliche Fahrgeld normalerweise höher liegt. Dabei darf nicht vergessen werden, daß das Fahrrad nach einem kurzen Zeitabschnitt Eigentum des Käufers wird. Hoch ist außerdem das Fahrrad zu bewerten als ein billiges und bequemes Verkehrsmittel zum Schrebergarten oder für das Wochenende. Vergeht darum nicht, bei Bedarf von Fahrradern auch an eine Niederlage des Werkes oder an die Ortsausgänge des WGB, zu wenden! Den Hauptkatalog stellt das Werk in Berlin-Lichtenrade jedem Interessenten umsonst zu. Berücksichtigt bei eurer Bedarfsdeckung in Fahrrädern oder Fahrradteilen nur unser Lindcar-Werk!

Mönche und Nonnen beim Hausbau.

In der Verdingungsordnung für Bauleistungen V32. 1971 B steht wortwörtlich: „... Mönchs- und Nonnenbau. Der Aufwand der Nonnen ergibt sich aus der Breite der Mönche und ihrer sachgemäßen Mietbelegung. Die Nonnen erhalten über der Höhe einen Querzuschlag, auf dem die Nonnen der nächsten Schritt zu auferlegen werden, daß der Mönch nach innen herausquillt. Die Mönche erhalten zwei schmale Längsschläge, ihr Kopf wird vor dem Aufsetzen mit Mönch gefüllt.“

Das Interview.

Der berühmte russische Klaviervirtuose und Komponist Anton Rubinstein liebte es zuweilen, sich als Bürgerrechtler zu drapieren. Kam da eines Tages eine ältliche Engländerin mit Kneifer (damals trug man noch nicht die schwarzen Hornbrillen) zu ihm, um ihn für eine bekannte Londoner Familienfeier zu interviewen. Für die fortlaufende Artikelreihe: „Das Familienleben unserer Großen der Gegenwart“ oder „Das Genie am Kommt“. Sie fragte ihn u. a.: „Haben Sie Kinder, verehrter Meister?“ „Das weiß ich nicht“, erwiderte trocken der Komponist, „meine Frau hat jedenfalls welche.“ Das Interview ist, glaubwürdigem Vernehmen nach, nie erschienen.

Dienst am Hörer.

Die jeweilige Parteizugehörigkeit des Herrn Reichsdank-Kommissars Scholz wird künftig in den Tagesprogrammen der Funk-Stunde bekanntgegeben. (Mit)

Unterhaltung und Wissen

Arbeitsrecht in Kanada.

Vor einigen Jahren landete ich im Monat November mit einem Personendampfer in Quebec in Kanada. Während der Fahrt hatte ich einen Kanadmann kennengelernt und fuhr mit ihm nach Montreal. Leider waren wir der englischen Sprache nicht mächtig. Das aber scheint Voraussetzung zu sein, um dort Arbeit zu finden. Uns stellte niemand ein. Unsere geringen Vermittel waren bald aufgebraucht. Deshalb entschloß wir uns, auf der Eisenbahnstrecke nach der fünf Tagesreise entfernten Stadt Ottawa zu wandern. Des Nachts schäfteten wir uns einigermaßen gegen die große Kälte, indem wir in den hölzernen Wartehäusern der Eisenbahnstationen unser Dornjag aufschlugen.

In Ottawa suchte ein Arbeitsvermittler Waldarbeiter. Er legte uns einen Vertrag in englischer Sprache vor, den wir unterschrieben, ohne zu wissen, was darin stand. Am gleichen Tage fuhr man mit anderen Waldarbeitern mit der Eisenbahn gen Norden bis zur Endstelle. Dort wurden wir verpflegt.

Am nächsten Tage ging es auf bereitstehenden Schlitten weiter. Stappentweide waren auf diesem Wege Verpflegungsmittel eingeschleppt, die immer von einem Tag zum andern erreicht werden konnten. Nach fünfzigstündiger Fahrt kamen wir endlich an unserer Arbeitsstelle an. Der Betrieb war bereits in vollem Gange. Allerlei Blochhauer aus ganzen Baumstämmen waren erschöpft. Zahlreiche Pferde und Schachffiere standen umher. Wir begannen mit der Arbeit.

Mir fiel diese Arbeit furchtbar schwer. Dies und die große Kälte verursachten, daß ich krank wurde. Ich mußte deshalb die Arbeit aufgeben, um mich in der Stadt wieder zu erholen. Mein Landsmann, der als einziger Deutscher nicht allein zurückbleiben wollte, begleitete mich. Bei unserm Abgange händigte der Geschäftsführer jedem fünf Wertmarken aus, die für Abendessen, Nachtquartier und Frühstück in den Unterkunftsstellen Gültigkeit hatten. Außerdem übergab er uns einen verschlossenen Brief mit dem Bemerken, diesen der Geschäftsstelle zu überbringen.

Nach fünfzigstündiger Reise kamen wir bei furchtbarer Kälte in halberfrorenem Zustande in dem Ort an, wo die erste Wohnstation liegt. Wir übergaben an der uns bezeichneten Geschäftsstelle unsern Brief und erwarteten unsern Lohn. Aber zu unserm Schrecken wurde uns eröffnet, daß wir keinerlei Ansprüche an die Gesellschaft hätten. Nach dem mit uns abgeschlossenen Arbeitsvertrag waren wir bei Verlust aller Lohnansprüche verpflichtet, bis zur Vereindigung der Arbeit dort zu verbleiben. Folglich sei der vereinbarte Lohn von einem Dollar je Tag verfallen.

Das war keine gute Auskunft. Wir waren völlig mittellos und deshalb gezwungen, den drei Tage langen Weg bis Ottawa auf der Eisenbahnstrecke zu Fuß zurückzulegen. In elendem Zustande kamen wir dort an und begaben uns sofort zu dem deutschen Geschäftsträger. Dieser ging mit uns zu einem Arzt, der uns untersuchte. Am nächsten Tage begab er sich mit uns auf das „kleine Gericht“. Dort trat er dem Richter den Sachverhalt vor, und

dieser ließ uns unsere Angaben durch einen Auf auf die Bibel beidien. Dann wurde uns eröffnet, nach zwei Tagen wieder vorzuführen.

Nach zwei Tagen war Termin. Auch der Vertreter der Holzgesellschaft war anwesend. Die Arbeitsverträge und die ärztlichen Zeugnisse lagen vor. Der Richter stellte fest, daß wir der englischen Sprache nicht mächtig seien und daher keine Ahnung von dem Inhalt der von uns nachgebrungen unterschriebenen Verträge haben konnten. Aus diesem Grunde hob er die Gültigkeit der Verträge auf. Und da der Vertreter der Holzgesellschaft sich auf eine gültige Verhandlung nicht einlassen wollte, verurteilte der Richter die Gesellschaft zur sofortigen Zahlung von 50 Dollar an jeden von uns für 50 Arbeitstage und zur Ertragung sämtlicher Kosten und Auslagen. Außerdem sagte uns der Richter, wir hätten noch das Recht, für entstandene körperliche Schäden Schadenersatzklage zu erheben.

Zu dieser Klage kam es dann nicht. Der Vertreter ging einen Vergleich ein und entschädigte uns auch in dieser Richtung freiwillig mit je 15 Dollar.

Das ist kanadische Rechtspflege. In Deutschland könnte man sich davon ein Stück abschneiden.

Sulfus Geyffert, Chemnitz

Saat und Ernte.

So geht das nicht: Ein einfältiger Wicht Ist der, der da meint, Saat und Ernte seien vereint Auf den gleichen Tag. Zwischen Saat- und Erntetag, Zwischen Saatkorn und Aehrenschlag Liegt eine lange Spanne Zeit. Der Kluge weiß es, er ist bereit, Mit steter Beharrlichkeit Und geruhigem Fleiß Zu roden, zu ackern, zu säen, Auf Blüten und Gedeihen zu späher Um schließlich in saurem Schweiß Zu ernten vieler Mühe Preis. Wer am Tag der Saat will mähen, Oder gar ernten, ohne zu säen, Dem ist das Leben ein Würfelspiel: Heute nichts und morgen nicht viel: Des Lebens Ernst geht ihm ab, Er will nehmen, wo er nicht gab. Nur der ist ein Mann, Der, ob ein Wetter sich türmt, Ob es regnet und stürmt, Ruhig zieht die gesteckte Bahn Und, wenn es sein muß, Auch warten kann!

Taeft.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gespert sind die Arbeiter des Unternehmens Söhner, Niederhollau (Kübel), Baustelle Ostufhof Wilschfeld bei Reibitz wegen unzureichender Lohnabwärtung und die Arbeiter der Firma Welsch bei Roden wegen Tarifbruchs. In Wilsch ist das Geschäft Johannes Siewers wegen Nichtzahlung des Tariflohns gesperrt. In Simmenau (Baugewerkschaft Kreuzburg) sind die Stützbauarbeiten des Unternehmens Thomas Schalek wegen Verweigerung des Tariflohns gesperrt.

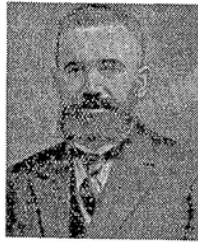
Täpfer: Gespert sind: In Grimmisschau die Firma Heringer, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf.

Aus den Baugewerkschaften

Koblenz. (Ausstellung und Jubilarefrang.) Am 4. September veranstaltete unsere Baugewerkschaft gemeinsam mit den Bauwerkern und Malern eine Ausstellung der Arbeiten ihrer Jugendgruppen. Städtische und Kreisvertreter waren dazu erschienen, auch einige Architekten und Bauunternehmer sowie eine große Anzahl Organisationsvertreter. Nach Begrüßung der Gäste und Kollegen gab Kollege Wenzel eine lehrreiche Rede über die letzten Winterarbeiten unserer Jugend. Bearbeitet wurde in Koblenz, Wapen, Hönningen, Leisach, Wollendorf, in Raurot und Sülzfeld. Unter der jammervollen Last des Baugewerbes haben auch die Lehrlinge schwer zu leiden. Auch den Behördenvertreter sollte die Aufgabe zu unserer Bestreben der beruflichen Erleichterung des Nachwuchses im Baugewerbe zu unterstellen. Oberamtsdirektor Janker, Reumied, dankte und gab seiner Freude über das Gelingen Ausdruck. — Zu nachmittags drei Uhr waren dann unsere Bundesjubilare geladen. Es waren ihrer 11. Auch die Jubilare bestaunten die Ausstellung, dann wurden sie fotografiert, worauf es zum Oberhaus ging. An der mit Blumen geschmückten Tafel bekam jeder Jubilar eine Flasche Wein, die Freunde und Gewinner unserer Bewegung der Baugewerkschaft gestiftet hatten. Kollege Wenzel begrüßte die Erschienenen. Dabei dankte er besonders den Frauen für die Opfer, die sie während der Zeit der Mittellosigkeit ihren Ehegatten für die Arbeiterbewegung gebracht haben. Die Festrede hielt Kollege Ahrens. Nach Übermittlung der Grüße des Bundes- und Bezirksvorstandes schilderte er, nachdem er die verschiedenen, in Koblenz geführten Kämpfe erwähnt hatte, in berebten Worten die gegenwärtige Lage im Baugewerbe und ermahnte, trotz alledem den Mut nicht sinken zu lassen und an der Aufrechterhaltung des Baugewerksbundes mitzuarbeiten, denn in der Zukunft werden wir die Organisation mehr denn je nötig haben. Die Jungen fordern der Redner auf, sich an den Allen ein Beispiel zu nehmen und ihnen nachzueifeln. Kollege Abel dankte im Namen der Jubilare. Beim Uebergang zum gemächlichen Teil war es dann eine Freude, die alten Kämpfer in ihrem gesellschaftlichen Element zu sehen. Jeder war mit der durchaus einfachen aber würdigen Veranstaltung zufrieden, und die Kollegen trennten sich mit der Versicherung, der Organisation auch weiterhin stets die Treue zu bewahren.

Minden. (Ein Veteran.) Am 17. September vollendete unser Kollege Konrad Lisinger sein 70. Lebens-

jahr. Er ist einer der Veteranen unserer Arbeiterbewegung. Bereits im Juni 1890, als in Köln Ernst Knegebund aus Hamburg in einer Maurerverammlung referierte und anschließend ein Fachverein der Maurer gegründet wurde, war unser Konrad Mitbegründer. Als auf der Mindener Seite im Jahre 1887 eine Verammlung der Bauarbeiter aus Minden und Umgebung tagte, wobei Kollege Paul aus Hannover als Redner auftrat, war Lisinger ebenfalls unter den Gründern des Fachvereins der Maurer für Minden. Um diese Zeit war auch unser Konrad bereits in der politischen Bewegung tätig und hatte die Ehre, in der verbotenen „Internen“ Mitglied zu sein. Im Jahre 1888 haben wir Lisinger als Delegierten auf dem Maurerkongress in Kassel, im Jahre 1889 in Frankfurt, als dann 1891 der Zentralverband der Maurer ins Leben trat, war darin wiederum Lisinger an führender Stelle tätig. Er war auch wiederholt auf Bauarbeiterkongressen und vor allen Dingen auch auf Parteitagungen der Sozialdemokratischen Partei, so in Bremen, Mannheim, Nürnberg, Chemnitz, Berlin, Kassel, Bielefeld und Würzburg. Seit dem 1. Januar 1907 war unser Konrad Angehöriger der freien Gewerkschaft Mindens als Arbeitersekretär. In diesem Amt verblieb er sich bei den Arbeitern großer Vereinen. Im Mai 1926 wurde er in den Ruhestand versetzt. — Unser Freund Lisinger ist auch heute noch trotz seiner 70 Jahre nicht unfähig. So ist er immer noch Stadtratsordner und Abgeordneter des Kreisrats und des Provinziallandtags; seit 1924 gehört er zum Provinzialrat im Oberpräsidium in Münster. Erwähnt sei ferner, daß unser Veteran auch in der Konjunktionslosigkeitsbewegung und in der Ortskrankenkasse Minden tätig war und auch in diesen Einrichtungen an herborragender Stelle mitwirkte. Bei der Gründung der Parteidruckerei Welle-Warte stand er ebenfalls an vorderster Stelle und ist noch heute der Vorsteher der Gesellschaft und ehrenamtlich verantwortlicher Vertreter. Wir beglückwünschten unsern Geburtstagsjubilare auf das herzlichste, wünschen ihm noch viele Jahre tüchtigen Schaffens und danken ihm für all das, was er bisher für die Arbeiterbewegung in so reichem Maße geleistet hat!



Nordhausen (Fritz Müller.) Unser Geschäftsführer Fritz Müller ist in der Nacht vom 14. zum 15. September im 55. Lebensjahre plötzlich verstorben. Im Kriege hatte er sich ein kühnliches Nervenleben zugezogen, das ihn immer wieder zeitweilig aus Krankenkamern warf. Dieses Nervenleben war auch die Ursache seines verhältnismäßig frühen Todes. Unser Fritz, seit seiner frühesten Jugend in der Arbeiterbewegung tätig, war später Pußer in Berlin und wurde dann am 1. Oktober 1915 im Bauarbeiterverband angeestellt. In seiner Eigenschaft als Geschäftsführer unserer Baugewerkschaft hat er unermüdetlich für die Interessen der Kollegen gekämpft. Auch in den Wohnungsbau-Genossenschaften, in deren Aufschwung er in den Dienst der Arbeiterchaft, Fritz Müller ist auch im Sprachenschauspiel des Arbeitsamtes und im Arbeitsgericht. Eine vorzügliche Arbeitskraft ist der Arbeiterchaft und vor allem unsern Kollegen frühzeitig entfallen worden. Wir werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren!

Politische Zeitnotizen

Zeitgemäße Frage. Im Zwei-Tage-Reichstag hatten die Nazis 230 Abgeordnete. Zum Teil phantastisch kostümiert — von der englischen Lomp-Uniform bis zur Stallknechtuniform im feudalen Lutterfall des Berliner Westens waren alle Variationen vertreten — gaben sie ihrer Bürgerkriegspolitik den denkbar possendsten Ausdruck. Der Reichstag des Ganzen ließ in Person Adolf Hitler im Reichshof (Kostpunkt einschließliche Besolge für achtzigtausend Aufwärtler etwa 4000 Mk) und spielte in gewohnter Art vor den Wänden. So wurde die Pappen-Regierung eingeleitet, Hitler versprach Exorzierung in der Hoffnung, sich nach den Neuwahlen selbst an die Macht zu setzen. Das erste Klappete, das zweite war eine Fehl-Inspektion. Die letzte Auswirkung dieser Fehlinspektion war das schlechteste von allem schlechten Theater, das an seinem letzten Lebensstage der dahingegangene Reichstag unter der Regie Göring aufgeführt hat. Nicht alles war Absicht; einiges war Zufall, das ganze eine Katastrophe. Der Weg von der Tragikomödie zum Lächerlichen war nur ein halber Schritt weit. Herr von Papen verpackte den Zeitpunkt rechtzeitiger Wortmeldung, und Herr Göring verpackte sich dazwischen, daß er tags darauf den Rückzug antrat. Aus der Tragikomödie entstanden noch einige Konstellationen, die heute noch nicht bestrahlt sind. Festgestellt werden muß, daß eine große Bewegung eine Stärke erreicht wie nie zuvor eine Partei, aber mit dieser Macht nichts anzufangen weiß. Das berühmte Stolpern ihres „Führers“ über die Leppidistafel ist zum Symbol für die ganze Politik der Nazis geworden. Bis zu den Wahlkämpfen ist leider eine massenweise Ermüderung der nationalsozialistischen Wähler nicht zu erwarten. Aber schon heute ist die weitere Feststellung durchaus am Platze: die Sozialdemokratie hat es mit einer Abgeordnetenzahl weit unter 230 verstanden, einen starken Einfluß zugunsten der Arbeiterchaft auszubilden. Beispielsweise ist der Wert des Interpellationsbegehres für Arbeitslose unter der Regierung Semmer Müller um das Vier- und noch Mehrfache höher gewesen als der goldliche Wert der heutigen Sozialinterpellation in einer Zeit, wo von der Freiheitsbewegung Adolf Hilters' 230 Abgeordnete die Wände des Deutschen Reichstages zieren.

Das man sie nicht erst zu demeritieren brauche.“ Phantastisch wäre es in der Tat, wenn eine Regierung glauben sollte, man könne eine Kulturbewegung „auflösen“. Das „Gerücht“ kommt aus dem Hilterschen Berliner Hauptquartier, dem Hotel Kaiserhof. Dort haben eine Anzahl „Wirtschaftsführer“ getagt, wobei man auch über die Gewerkschaften sprach. Dabei haben sich Tendenzen gezeigt (natürlich!), die dahin gingen, die autoritative Regierung Papen zu benutzen, um die Existenzbasis der Gewerkschaften zu zerschlagen und auf diese Weise zu einer Vereinigung der Gewerkschaften zu kommen.“ Seit es Gewerkschaften gibt, sind Unternehmer und Reaktionäre immer darauf ausgegangen, diese ihnen höchst unbenutzen Arbeiterorganisationen zu zerstören. Wer aber die Existenzgrundlage der Gewerkschaften zerstören will, der muß die kapitalistische Wirtschaft zerstören. Da dies Herr v. Papen nicht will, vielmehr bewußt die kapitalistische Wirtschaft wieder aufbauen will, so werden sich jene Kreise damit abfinden müssen, daß es gewerkschaftliche Bestrebungen und Bewegungen auch künftig geben wird. Wer gegen diese sozialen Freigangsstufenheiten verfährt, ist bestimmt auf falschem Wege. Immer wird ihm die organisierte Arbeiterchaft bald zeigen, aus welcher Richtung der Wind weht. — In der selben Frage äußerte sich am 18. September der Reichsarbeitsminister G. Schaeffer auf dem 12. Kongress der christlichen Gewerkschaften in Düsseldorf. Er sagte einleitend: „Bei der Erringung der Freiheit des Arbeiterlandes und der Schaffung des deutschen sozialen Rechts kam der Anstoß nicht immer vom Staate her, sondern sehr oft auch von unten, von den Gewerkschaften. Ich weiß, daß die Gewerkschaften ihre Bedeutung nicht nur als Vertretung von Ständen- und Berufsinteressen haben, sondern darüber hinaus in unserer Volkswirtschaft nicht mehr zu unterschätzen sind. Wo von den Gewerkschaften die Abflüßung

verlangt, mußte gleichzeitig mit dem Abbau der Kartelle und der Auflösung der Unternehmerverbände beginnen. Der Staat von heute müsse auf eine Zusammenarbeit mit den Berufsvertretungen der Unternehmer und Arbeiter größten Wert legen.“ Gegenüber diesen vernünftigen Worten bleibt abzuwarten, wie weit der Reichsarbeitsminister in dem Freiheitskabinett seiner Auffassung Geltung verschaffen kann.

Sozialdemokratie ruft auf zum Volkseinstand. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sofort nach Auflösung des Reichstages ein Volksbegehren darüber beantragt, den zweiten Teil „Sozialpolitische Maßnahmen“ der Verordnung des Reichspräsidenten zur Behebung der Wirtschaft vom 4. September 1932“ mit Wirkung vom 4. September außer Kraft zu setzen. Der Antrag ist bereits an das Reichsministerium des Innern geleitet worden. — Gegen den Volkseinstand haben sich sowohl Bürgerliche als auch die — Kommunisten erklärt. Also die Kommunisten, die mit den Nazis durch dick und dünn gegangen, benutzen selbst diesen Volkseinstand, um gegen die ihr verhasste größte Arbeiterpartei, die Sozialdemokratie, zu gehen. Man sagt, die Notverordnung sei ein Bestandteil des „Bundes“, des Reichshaushalts. Und dieser könne nicht dem Volkseinstand unterbreitet werden. Es handelt sich aber nicht um den Reichshaushalt, sondern um die Rechte des Volkes! Die Sozialdemokratie ruft das Volk, alle Arbeiter und Angestellten auf, weil vom Reichstag zunächst keine Hilfe zu erwarten ist, selbst seinen Willen unmittelbar zu bekunden. Es soll jetzt predigen. Der Reichsminister des Innern ist verpflichtet, das Volksbegehren einzuleiten. Unsere Aufgabe muß es sein, in den Kampf um die gesetzliche Durchführung des Volkseinstandes alle Kräfte einzusetzen.

Reichsbanner-Bundesvorstand zur politischen Lage. Der Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold befragte in seiner Vorstandssitzung am 13. September der 81 Toten (21 Opfer politischer Gegner, 10 tödlich Verunglückte) und der andern zahlreichen Opfer, die die Wahlkämpfe dieses Jahres aus den Reihen des Reichsbanners gefordert haben. Die Fürsorge für diese Opfer und für die Kameraden, die durch harte Urteile in die Gefängnisse gebracht sind, wird auch künftig kameradschaftliche Aufgabe des Bundes sein. Für die materielle Bewältigung dieser Ehrenpflicht wird die Hilfe aller Republikaner eingeleitet werden.

Sechs Wochen Sonderjustiz. Einzelhals Monate urteilen nunmehr die Sondergerichte über Handlungen und Verbrechen, die politischen Bewegungen entkräften sind. In dieser Zeit sind von der Sondergerichtsbarkeit schwerere Speisestrafen vollbracht worden. Von weniger als einem Duzend Gerichte wurden in sechs Wochen weit mehr Gefängnis- und Zuchthausstrafen ausgesprochen als von sämtlichen deutschen Gerichten zusammen genommen in sechs Monaten. Dabei verurteilten der Öffentliche Justiz sehr oft die Augenbinde und sie lagte den Angeklagten in die respektiven Parteifächer, wobei sie sich stark gereizt zeigte, wenn sie dabei Mitgliedsbücher roter oder Schwarz-rot-goldener Couleur enthielt. Dann fiel ihr vor Erregung die Waage, das Symbol der Gerechtigkeit, aus der Hand, so daß sie nur noch das „zweite Symbol“, das Schwert, hatte. So wurde der Reichsbannermann Max Rohde, lediglich auf die belastende Aussage einiger Nazis hin, zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. Rohde soll gefesselt haben. Nachgewiesen ist ihm das nicht. Aus dem Gang der Verhandlung kann man jedoch nur die furchtbare Ueberzeugung gewinnen, daß hier ein Unschuldiger verurteilt worden ist. Fünf Jahre Zuchthaus! Jeden gerecht Empfindenden und menschlich Denkenden, der sich diese inhaltsschweren Worte ereigneten etwa an einem Unschuldigen — vergegenwärtigt, packt die Erregung, daß es nicht möglich ist, einen Unschuldigen sofort den Klauen des Strafvollzuges zu entreißen. Erfreulicherweise ist die Sache des nach unserer Ansicht Unschuldigen nicht völlig aussichtslos. Das Wiederanbahnungsverfahren für Rohde, der mit überzeugenden Worten seine Unschuld beteuert und sie durch einen mehrtägigen Hungerstreik unter Beweis stellte, wird mit Energie betrieben. — Mit Max Rohde gebeknen wir auch all der andern Opfer der Justiz, die immer befristet und auf Jahre in den Kerker geschickt wurden. Manach freier Kamerad — auch Mitglieder unseres Bundes befinden sich unter ihnen — ist der Familie und dem Freundeskreis entzissen. Die Arbeiterorganisationen werden nicht ruhen und rufen, den Verurteilten die Lebenszeit abzukürzen und den ungeschuldet Eingekerkerten die Freiheit wiederzugeben. Dessen können Freund und Feind versichert sein! Auch bei jeder politischen Entscheidung möge jeder daran denken, daß ein Sieg über die Reaktion einem Durchbruch der Menschlichkeit gleichkommt. Welch falschen Klang haben alle schönen Worte über die „deutschen Brüder und Schwestern, die in abgetrennten Gebieten unter fremder Macht schmachten“, wenn dieselben Parabe-Redner, die sich bei „nationalen“ Kundgebungen vor Nationalstolz fast überschlagen, in keiner Minute sich der deutschen Brüder erinnern, die ungeschuldet in deutschen Kerker schmachten. Welchen Wert hat alles Gezeier über fremde Knasthaft, wenn im eigenen Lande Knasthaft und Tyrannei über die eigenen Stammesbrüder verhängt wird. Von den Kreisen, die täglich mit dem nationalen Wappenschild herumlaufen, ist nichts zu erwarten!

Reichstagswahlen am 6. November.

Die Reichsregierung hat beschlossen, den Reichspräsidenten als Tag für die Reichstagswahlen Sonntag, den 6. November, vorzuschlagen. — Dieser Tag ist der letzte verfassungsmäßig zulässige Termin, nämlich der letzte Sonntag innerhalb von 60 Tagen nach der Auflösung des Reichstages.

Unsere Parole lautet:
Kampf den Feinden der sozialen und politischen Volksrechte! Kampf dem Hilters-Faschismus und dem Papen-Regiment! Für wahrhafte Demokratie und Sozialismus! Freiheit! Freiheit! Freiheit!

Scherbenhaufen in Sicht. Von der jüngsten Leistung der neuen Staatsführung sind auch Interner nicht restlos begeistert. Nicht etwa nur, weil ihnen gewisse Vorteile nicht weit genug gehen. Es gibt auch — allerdings nicht großindustrielle — Unternehmerkreise, die sich genügend klarlich bewahrt haben, um zu erkennen, was etwa aus der Zerlegung des Tarifvertragsgedankens durch die Pappen-Notverordnung entfiel. Diese Unternehmer haben begriffen, daß der Tarifvertragsgedanke nicht nur zum Vorteil für die Arbeiterchaft ist, sondern auch eine sichere handhabt. Schmutzkonzurrenz wird bis zu einem gewissen Grade abgehalbt. Wird das Element der Schmutzkonzurrenz vernichtet, dann bekommen die Schmutzkonzurrenten, die schmutzigen Lohn- und Preisdrücker unter Wasser. Von solchen Gedanken befreit ist auch „Das Baugewerbe“, die Zeitschrift der deutschen Bauunternehmerorganisation bei ihrer Stellungnahme zur Notverordnung zu einer abschließenden Betrachtung gekommen, die alles andere denn hoffnungsvoll ist. Es heißt dar, „leberlich man den Gesamtbereich, der auf dem Gebiete der Sozial- und Tarifpolitik von der Reichsregierung geplanten Maßnahmen, so muß man feststellen, daß das Ganze ein äußerst

Verantwortung der Arbeiterchaft auszubilden. Beispielsweise ist der Wert des Interpellationsbegehres für Arbeitslose unter der Regierung Semmer Müller um das Vier- und noch Mehrfache höher gewesen als der goldliche Wert der heutigen Sozialinterpellation in einer Zeit, wo von der Freiheitsbewegung Adolf Hilters' 230 Abgeordnete die Wände des Deutschen Reichstages zieren.

Wesentlich der Gewerkschaften? Daß besonders die Gewerkschaften der Reaktion unbenutzen sind, ist bekannt; macht doch die gesamte Reaktion mit Nachdruck ausgerechnet die Gewerkschaften für den Niedergang der Wirtschaft verantwortlich. Daß die Gewerkschaften in Reglementskreisen keine Freunde haben, damit finden sie sich ab. Neuerdings laufen wieder Gerüchte um, die Reichsregierung habe die Absicht, die Gewerkschaften aufzulösen. Die Regierung erklärt, „diese Gerüchte seien so phantastisch,

gewagter Eingriff in den normalen Lauf des Wirtschaftslebens ist. Das Programm der Regierung ist ein großes Wagnis, dessen Gelingen wir zum Besten des notleidenden Staatsganzen erhoffen wollen." Für uns bleibt nur noch die Feststellung übrig, daß man, nachdem aus dem gesamtunternehmerlicher Kampf gegen das "System", gegen das "Parteiobeamtentum" geführt worden ist, mit dem Ruf nach Fachministern, daß den Parteiministern nicht die Fachminister gefolgt sind, sondern sozial- und weltfremde Vertreter einer noch nicht ausgeformten Klasse, die ihren Zentralpunkt im Deutschen Herrenklub hat. Vielleicht wird bald die Zeit kommen, daß gewisse Unternehmer, die bedenkenlos hinter dem Wagnis der Großindustrie hergelaufen sind, einsehen werden, daß zum mindesten in politischen, sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Fragen die viel bekämpften "Parteieminister" wirklich Fachminister waren.

Razi-Hochburg Coburg vor dem Bankrott. Die als Beispiel nationalsozialistischer Mutterwirtschaft für das "Arische Reich" vorgeführte nazifizierte vermalte Stadtgemeinde Coburg ist in schwerer Finanznot. Der Etat dieser verhältnismäßig kleinen Stadt weist schon fünf Monate nach Beginn des Etatsjahres ein Defizit von 465 000 M auf. Der unter nationalsozialistischer Mehrheit stehende Magistrat der Stadt und der nationalsozialistische Bürgermeister haben einen Sifferanz an die bayerische Regierung gerichtet, in dem ganz offen von dem Zusammenbruch der Stadt gesprochen wird, wenn nicht in den nächsten Tagen Hilfe erschießt. Damit ist die erste und bisher einzige Razi-Verteilerin, die sich vor dem Bankrott. Die Großmüdigkeit und die Unfähigkeit der Razi offenbar sich schon bei diesem ersten Fall hinterlicher Gemeindevverwaltung. Wie würde der Bankrott erst aussehen, wenn die Nazis das Reich "führen"?

"Nazi-Minister verzichten auf Gehalt." Im fassen Druck und Schlagzeilen verdammt die Razi-Prese, nationalsozialistische Minister hätten freiwillig auf einen Teil ihres Gehalts verzichtet. Es handelt sich hier um hiesigen Razi-Minister, deren Gehalt auf etwa 7000 M herabgesetzt wurde. Die Dinge liegen aber so, daß das jegliche Gehalt jener Razi-Minister in dieser schweren Zeit dem Gehalt entspricht, das die sozialdemokratischen Minister Thüringens seinerzeit — in weit besseren Zeiten! — für ihre Tätigkeit bekamen. Als Herr Dr. Frick als Razi-Minister in Thüringen einzog, wurden die Ministergehälter erhöht. Herr Frick ließ sich persönlich nebenbei eine fette Pension sichern. Die feierlichen "Gehaltsopfer" der neuen Razi-Minister sind in Wirklichkeit gar keine. Unübertrefflich ist nicht das "Opfer", sondern die Heuchelei der Pp.

Erneute Wandlung des Pp. Scholz. Nach den schweren Konflikten zwischen dem nazifischen Reichstagspräsidenten Göring und der Reichsregierung sowie nach den Zusammen-

Büchertagen zahlen fällt der Beitrag leicht!
Für die Woche vom 18. bis 24. September ist der 39. Bundesbeitrag für 1932 zu zahlen.

stößen der Nazis mit den Deutschnationalen scheint für Pp. Scholz, amtierender Reichstagspräsident, der politische Wind häufig nicht aus der Sifferade zu wehen. Dr. Scholz, der erst kürzlich Mitglied der NSDAP wurde (Der kluge Mann heugt vor „Hitler ergreift die Macht!“), ist wieder aus der Hitlerpartei ausgetreten. Zur Begründung wird angegeben, die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lage habe Dr. Scholz veranlaßt, „um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksicht in seiner Amtsführung zu vermeiden“, im Einvernehmen mit der Parteileitung der NSDAP auszutreten. — Die Entwicklung Scholz vom Streifemann-Republikaner über die Volkspartei, Deutschnationale Partei zum Razi wurde kürzlich auch vor einem Berliner Arbeitsgericht trefflich beleuchtet. Unter Bräunung sorgte er dafür, daß die Rede dieses Kanzlers, in der er sich scharf gegen den Führer der Nationalsozialistischen Partei aussprach, auf Wackelplatten aufgenommen, mehrmals gelendet wurde. Unter der gleichen Kanzlerschaft sprach sich Scholz dagegen aus, Hitler das Mikrophon freizugeben. Aber schon kurz danach trat Scholz mit der gleichen Zähligkeit für die Nazifizierung des Rundfunks ein. Nun wird er wohl bald per Retourbillet wieder bei Hugenberg landen. — Auf jeden Fall man jederzeit entprechend der Windrose national und steht immer — über den Parteien.

Wie sie ihre Meinung ändern! Der volksfeindliche und betrügerische Charakter der Razi-Partei ergibt sich neben vielen anderen ohne weiteres auch aus der Neuaufgabe ihres "Programms". Im früheren Programm hieß es "Kongerne, Syndikate und Kräfte werden verstaatlicht", in der neuen Auflage ist das "höf" Wort "verstaatlicht" verschwunden. Man glaubt nummehr den "Sozialismus" an den Regeln hängen zu können und sagt nur noch "Kongerne, Syndikate und Kräfte werden be k ä m p f t". Auf eine weitere Änderung im Razi-Programm sei ebenfalls hin-

gewiesen. Es hieß dort ursprünglich so recht ultraradikal: Der Unternehmer muß seine Arbeiter gut entlohnen. Dieser Satz ist in der Neuaufgabe des Programms auch mit der schäffigen Cupe nicht mehr zu entdecken. Neuherrst bezeichnet für diese „sozialistische Arbeiterpartei“!

Allgemeine Rundschau

Berufliche Fortbildung der Hamburger Maurer. Strebenden Hamburger Maurern ist Gelegenheit geboten, sich in ihren freien Stunden beruflich weiterzubilden durch die an der Siemens-Gewerbe-Lehranstalt, Hamburg, Steinendam 81, bestehenden fernstudien Abendkurse, die es ermöglichen, sich ohne Unterbrechung der Berufstätigkeit in Theorie, Veranschaulichungen und Entwürfen auszubilden. In der Abteilung Hochbau wird unterrichtet über Mauerkonstruktionen, Gemäßebau, Entwerfen von Etagenbauern, Gebäuden, Beamten- und Einfamilienhäusern, öffentlichen Gebäuden, über Veranschaulichungen und Bauverfahren, Eisenbetonbau. Der Unterricht, viermal wöchentlich abends, besteht aus Vorträgen und Konstruktionsübungen, in denen Entwürfe in der von der Architektur, Ingenieuren und Landmessern erstellte, die Hochschulausbildung langjährige Praxis und Berufserfahrung haben. Das neue Unterrichtsjahr beginnt Mitte Oktober. Programme und Ankaufstafel täglich abends von 6 1/2 bis 8 Uhr in der Lehranstalt. In Anbetracht der hohen Bedeutung, die eine theoretische und zeichnerische Ausbildung im Verein mit praktischer Erfahrung für das Berufsleben hat, sei auf die Lehranstalt besonders hingewiesen.

Rückläufiger Zementabfah trotz Arbeitsbeschaffung. Nachdem im Juli der Zementabfah mit 330 000 Tonnen gegenüber dem Vormonat ungefähr gleichgeblieben war, brachte der August mit nur 286 000 Tonnen Zementabfah bereits wieder einen erheblichen Rückgang (um rund 13 %), was um so bemerkenswerter ist, als durch die Arbeitsbeschaffungspläne wenigstens eine gewisse Besserung des Abfahes noch für August erhofft werden konnte.

Kalkabfah. Im Monat Juli wurden 144 283 Tonnen Brandkalk, 16 748 Tonnen kohlenäurerer Kalk, 124 286 Tonnen Rohkalk abgefah.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes

Abhanden gekommene Ausweise. Gestohlen wurde in Magdeburg das Mitgliedsbuch Nr. 236 des Kollegen Peter Hoven, geboren 27. Juni 1882 zu Wormersdorf, eingetreten 1906 in Bonn. Das Buch ist dem Dieb abzunehmen und an das Bundesbüro einzuliefern.

Gedenktafel verstorbenen Mitglieder.

- Magdeburg. Jakob Kienast, Maurer, 61 Jahre alt. August (Gimnabode). Gustav Wünsche, M., 40 J. Braunshweig. August Gebhardt, Dachb., 67 Jahre. Coburg. Paul Schad, Maurer, 75 Jahre alt. Gotha. Wilhelm Fromm, Dfenzeher, 69 Jahre alt. Danzig. Bruno Kuntz, Maurer, 21 Jahre alt. Dresden. (Frettal) Emil Heinz Engel, M., 55 Jahre. (Hörschendorfa) August Faschnacht, Hilfsarb., 62 J. (Wachau) Bernhard Großmann, Maurer, 61 J. Max Conrad Mühle, Maurer, 47 Jahre alt. Greifenberg. Albert Krüger, Zöpfer, 55 Jahre alt. Landsberg. M. Ferdinand Wenzke, Hilfsarb., 85 J. Leipzig. Kuno Burkert, Maurer, 78 Jahre alt. Adolf Dietrich, Maurer, 79 Jahre alt. Rich. Händel, Maurer, 48 Jahre alt. Emil Hempel, Maurer, 75 Jahre alt. Robert Kind, Maurer, 78 Jahre alt. (Schleuditz) Wilhelm Kühnast, 85 Jahre alt. Magdeburg. (Hohendodeleben.) Gust. Riecke, 62 J. (Odenstedt) Stephan Stofmeister, Arbeiter, 76 J. Nordhausen. Fritz Müller, Bundesangehelfer, 54 J. Nürnberg. Johann Dietrich, Maurer, 55 Jahre alt. Johann Phister, Ffienzeher, 51 Jahre alt. Ernst Schuster, Hilfsarbeiter, 47 Jahre alt. Ernst Siegler, Hilfsarbeiter, 51 Jahre alt. Georg Zacherl, Dachb.-Hilfsarbeiter, 29 Jahre alt. Dfah. (Mügeln) Rich. John, Hilfsarbeiter, 59 J. Plauen. Alfred Fischer, Maurer, 47 Jahre alt. Emil Hoff, Hilfsarbeiter, 58 Jahre alt. Kurt Taubald, Hilfsarbeiter, 33 Jahre alt. Josef Tirmmer, Maurer, 72 Jahre alt. Paul Zbbsch, Maurer, 59 Jahre alt. Steffin. (Altbaum) August Witte, Hilfsarb., 75 J. (Böhl.) Hermann Witte, Maurer, 66 Jahre alt. Würzburg. Josef Kirchner, Hilfsarbeiter, 26 Jahre. Ehre ihrem Andenken!

Ich war kahl!
Durch das von mir entdeckte Indianer-Elixier gelangte ich wie Tausende andere wieder zu vollm, prächtigm Haarwuchs. Es ist ein reines Naturprodukt von bewundernswürdiger Wirkung, wunderbarer Haarwuchs wird selbst in Fällen erzielt, wo Schuppen, Haarverlust und Kahlheit schon seit Jahren bestehen. Viele Tausende von Dank- und Anerkennungschriften.
Eine Probebede für Sie!
Ein Jeder erhält gegen Einzahlung von 50 Pf. in Briefmarken eine Probebede nebst aufklärenden Schriften. Erwünscht! Angebot, ob für Mann, Frau oder Kind verlangt.
John Hart Brittain, Berlin W 9, G. 268, Potsdamer Str. 13.
Friz Ulrich
Altona-Elbe 10
Gustavstraße 58, 60
Berufskleidung
Werkzeuge
Preisliste gratis
ALLES BILLIGER!
Werkzeug-Liste grat.
WESTFÄLISCH-WERKZEUGE CO.
MAGN 103 L W.
ESU Stahl-
Klauer, Polster, Chais, etc. jeden
Katal. 297 fr. Eisenwerkzeug (Suhl) (Th)

M. Mosberg
Bielefeld, Jüliendeker Straße 5
Die beste Berufskleidung,
Qualitäts-Werkzeuge
Preisbilligkeit — Liefen gratis

Auge
Berren-Stofe ab
Damen-Stofe sofort
Verlangen Sie Muster
Lehmann & Assmy
Aeltestes Tuchverand-
haus mit eig. Fabrikation
Spremburg, L. 2

Billige böhm. Bettfedern
nur reine, guttüllend. Sorte
Ein Kilo: graue geschliss.
2,50 Mk., halbweiße 3.- Mk.,
weiße 4.- Mk., bessere 5.- Mk.,
6.- Mk., daunenweiche 7.-
u. 8.- Mk., beste Sorte 10.- u.
12.- Mk., weiße ungeschlissene Ruffledern
60 u. 750 Mk., beste Sorte 9,50 Mk. Versand
gegen Zollfrei, welche Nachn. Muster frei
Umtausch u. Rücknahme gestattet. Benedikt
Sachsel, Lobes Nr. 9, bei Pilsen. (Böhm.)

Realiste Bezugsquelle
Neue Gänsefedern
von der Gans gerupft, mit Daunen dopp.
geringt Pfd. 2.-, aller. Qualität 3.-
kleine Federn (Halbdaunen) 4.-, 1/2 Daunen
5.-, 1/3 geringt. Gerissene Federn mit 5
Daunen 2,25 u. 4,25 hochpr. 5,25, alle
6.50. la Voll-daunen 8.- u. 9.-. Für
reelle, stauber. Ware Garant. — Versand
gegen Nachnahme, ab 5 Pfd. portofrei.
Nichtgültig, nehme auf meine Kosten zu-
rück. **Willy Mantuffel**, Gänse-
müster, Neutreiben 5 B (Oderb.)
Aeltestes und größtes Gänsefedern-
geschäft des Oderbruchs, geg. 1852.

Bücher u. Schriften

Der Eigentumsverhältnis an Baustoffen und an Biezerungen im Bau-Verkehr. Allgemeinerhandlicher Führer durch Gesetzgebung, Rechtsprechung und Geschäftspraxis für Bauoffizianten, Bauhoff-handel, Bau- und Bau-Verkehr, Architekten, Bauverwalter und Behörden, von Dr. Gerhard Diez, Industrie-Rechtler Carl Saemgen, Halle a. d. Saale, befristet 1,20 M. — Unter Berücksichtigung der Eigentumsverhältnisse im Kontur und Bergbau, mit der Zurecht-folger, aber mit diesen Fragen zu tun hat, einen Führer geben. Eine Anzahl Entscheidungen im Kontur und Bergbau oder auch im Ausgang abgedruckt, vervollständigen den Text.
Auf dem Wege zur Gemeinwirtschaft — trotz allem! Seit 18 der Zeitschrift „Gau, Giedeln, Wohnen“ enthält einen Bericht über den Stand der Bauhüttenbewegung im Frühjahr 1931. Gohann werden Eigen über die Baupläne für Kontur als nachweisbar un-mehrere Baupläne zurückzuführen. In einem weiteren Aufsatz „Die Wohnungsnot im Kampf gegen Krieg und Bodenlosigkeit“ wird an Hand einer Monographien der Baupläne und Baupläne der Bau-Verkehr, die überaus ernste Lage der deutschen Baugewerkschaften nachgewiesen. In weiteren Abhandlungen werden die Bestimmungen der neuer Bauverordnungen, die neuen Gesetze der Baupflichterfüllung und weitere das Bau- und Wohnungswesen betreffende Ereignisse behandelt.
Neue Blätter für den Sozialismus. Zeitschrift für geistige und politische Kultur. Herausgeber: Dr. Hermann, Berlin, befristet 46. Wertbeitrag 2,45 M. — Die Zeitschrift enthält den Bericht über den Kongress der Sozialistischen Bewegung in der Welt, in der mit neuen, herausragenden und die wichtigsten geistigen und politischen Fragen für die sozialistische Bewegung zu werden. Im Zeitschrift „Die Sozialdemokratie im Schicksal“ wird die Ausgestaltung der SPD, aus allen möglichen Positionen hergeleitet, in der die positiven Realisierungen, die sich in der Sozialdemokratie zeigen, werden durch die Anwendung zum positiven Realismus, der eine weitgehende, aber nicht vollständige Erneuerung der Partei zur Voraussetzung hat. Andere Aufsätze vervollständigen das interessante Stoff.

Gewaltige Mengen Waren würden enorm billig erworben! Deshalb jetzt diese rätselhaften Preise!
Diese Preise sind sofort anständig, wenn ein Inzerat mit höheren Preisen erscheint. Bestellen Sie also in Ihrem Interesse sofort.
Abgabe an jeden Besteller von jedem „Kauf“ bis 50 Meter beym, bis 20 Aufgang oder 30 Stck. Keine Abgabe an Nichterwerblicher.
Nr. 10 **Ungebleicht. Baumwoll-tuch**, tolle Güte, aus guten Garnen, 75 cm, der Meter **-.15**
11 **Ungebleicht. Baumwoll-tuch**, besonders tolle, ziemlich dichte Güte, 75 cm, der Meter **-.21**
12 **Ungebleicht. Baumwoll-tuch**, prima, fast ununterbrochlich im Gebrauch, 75 cm, der Meter **-.23**
13 **Weißes Hemdentuch**, tolle Güte, weiß gestrichelt, 70 cm, der Meter **-.17**
14 **Weißes Hemdentuch**, tolle Güte, ziemlich dichte Güte, weiß gestrichelt, 70 cm, der Meter **-.23**
15 **Weißes Hemdentuch**, ganz vorzügliche, dichte Güte, weiß gestrichelt, für sehr gute Tischdecken geeignet, 80 cm, der Meter **-.27**
16 **Hemdenflanell**, besonders teils-feste, überaus haltbare, gute Güte, garantiert echt-farbig, höherer Qualität, 70 cm, der Meter **-.26**
17 **Hemdenzeffe**, sehr feine und halt-barste, höchste Qualität, 70 cm, der Meter **-.26**
18 **Zwischenluch**, weißliche Güte, mit feinstem 30x30 cm, der 1/2 Aufgang **-.50**
19 **Wischluch**, gute, hellere Qualität, 45x45 cm, der 1/2 Aufgang **-.50**
20 **Greiffierhandtücher**, aus gut. Kräftigst, mit höchsten eingewebten Wägen, 40x90 cm, der Stck **-.29**
Besondere Aufmerksamkeit!
Weißes Hemdentuch, gute, tolle Güte, dichte Güte, dichte, gefüllte träge Qualität, jedoch mit unter mit kleinen unentbehrlichen Roppen versehen, welche sich beim Waschen entfernen lassen. Nach dem Waschen bleibt das Tuch für gute, besonders tolle, sehr haltbare, träge Qualität zu verwenden. 70 cm, der Meter **-.21**
Bestand erfolgt per Bestimmung von 100 M. an. portofrei Lieferung von 100 M. an. Meine Garantie: Auf Wunsch sofortige Rückgabe jeder Ware auf meine Kosten und vollständige Bestätigung des vollen angelegten Preises.
Josef Witt, Weiden 54 (Opl.)
Größtes Webwaren-Spezialhandlung der Art Europas, mit eigenen Webwarenfabriken, mit eigenem Wägenwerk
4000 Arbeiter und Angehörige.